

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 261 · 22. JAHRGANG · AUSGABE 10/2016 VOM 4. OKTOBER 2016 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Kooperation statt
NATO-Konfrontation**
Friedensdemo am 8. Oktober in Berlin

8 | **Eröffnungsfest der
Kita »Morgenglanz«**
Waldorfkita nun doch im Bedarfsplan

11 | **Nicht gebraucht
und falsch geplant**
Initiativen gegen die »B167neu«

Ein Irrgarten für Eberswalde



Neulich war wieder dieses Bürgerdings... wie hieß es doch gleich, ah richtig ... Bürgerbudget. Nein, Bürgerhaushalt heißt es. Eigentlich müßte es eher Bürger-Taschengeld heißen, aber man will ja nicht meckern.

Das Amtsblatt präsentierte drei Tage vor der Wahl über 100 Vorschläge und der aktive Bürger las sich alle Ideen aufmerksam durch. Ungefähr 60 Projekte schlugen Baumaßnahmen vor, und im Leser stieg der Verdacht auf, da sitzt im Bauamt ein einsamer Spammer und müllt das Bürgerbudget mit Baumaßnahmen zu. Vielleicht um seiner Chefin eins auszuwichen? Ist ja auch nicht so wichtig. Tatsache ist, das sind alles normale Aufgaben der Stadtbehörden, die das nach Wichtigkeit bearbeiten müssen. Da sollte man sich als Bürger nicht einmischen. Man schreibt ja auch keinem Bäcker vor, was er für Brötchen backen soll.

Andere Vorschläge waren schon interessanter: ein Theaterprojekt mit Jugendlichen, eine Fontane-Lesung an der Teufelsbrücke, ein Weihnachtessen für Bedürftige und ein Irrgarten für Eberswalde. Von letzterem war der Bürger gleich angetan: Ein Garten, in dem man desorientiert umherläuft und nicht mehr hinausfindet.

So etwas würde weit über die Grenzen von Eberswalde ausstrahlen. Vielleicht im Barock- oder im Englischen Stil? Oder mit Bezug auf die märkische Industriekultur. Das ist mein Projekt, für das ich stimmen werde, sagte sich der Bürger und machte sich bei strahlendem Sonnenschein und frühlinghaften Temperaturen auf den Weg zum Familiengarten.

Kurz vor der umzäunten Festung, die sonst ein Auslaufgebiet für junge Mütter und ihren Nachwuchs ist, stauten sich die Menschen. Der hoffnungsfrohe Bürger hörte, wie sich die Menschen zumurmeln: Und nicht vergessen! Wir stimmen für die 103! Oh, wie praktisch - hier wird sogar en bloc abgestimmt, dachte sich der demokratische Wähler.

Fünf von einer Agentur designte Stimmtaler wanderten nach Ausweiskontrolle, digitalem Datencheck und Abstempelung der Hand in selbige, und von dort in die Hosentasche. Wie würden wohl die Chancen für den Irrgarten stehen? Würden sich auch andere Eberswalder gern mal verlaufen wollen? Die Spannung stieg ...

Vorbei an Feuerwehr und Sanitätern, die ihm freundlicherweise den Weg wiesen, fand der Wähler endlich den Eingang zur Hufeisenfabrik. Das sollte ihm Glück bringen, dachte er sich. Schon standen im linken Hallenbereich die großen Vasen, jede mit einer Nummer verziert, einem kurzen Text, und unten am Boden ein kleines Polster aus diesen Plastefolien, bei denen man so schön die Luftbläschen platzen lassen kann. Damit die Stimmtaler nicht so hart aufschlagen! Waren ja mit Sicherheit schweineteuer ...

Der hoffnungsfrohe Bürger suchte seinen Irrgarten und schaute dabei in jede Vase, aus reiner Neugier. Vereins-Bus Preußen: dicke voll. Waservacht-Anhänger: mächtig gewaltig. Hundesportler: gut organisiert. Tischtennis Finow: alle waren da - und Tanzsport Grün-Gold: gute Beteiligung. Mit blickenden Blicken fand der Wähler seinen Favoriten, schaute hinein, und verzweifelte. Nicht mal eine Handvoll Stimmtaler! Also praktisch niemand in Eberswalde hielt einen Irrgarten für nötig.

Was sollte unser Bürger nun tun? Seine läppischen fünf Taler mit dazu geben? Das würde nichts bringen und wäre Verschwendung, sagte er sich. Gegen die Übermacht einer Vereins-Stallorder hat ein Einzelner keine Chance. Den Wähler traf aber ein Geistesblitz: Er wird die Taler behalten! Und er wird solange zum Bürgerbudget gehen, bis ... und wenn es zwanzig Jahre dauern würde, dann genug Stimmtaler in seiner Hosentasche wären, um den Bürgerentscheid zu entscheiden. Damit Eberswalde endlich zu seinem Irrgarten kommt.

JÜRGEN GRAMZOW

Wieviel ist Kultur wert?

Man hört: Ungenehmigte 20 000€ mehr für das Stadtfest FinE – wie konnte das passieren? Wie kann man so viel Geld zusätzlich für Kultur ausgeben? Das darf auf keinen Fall noch einmal passieren?

Ich bin der Meinung ja, doch, und das sollte nicht zufällig, sondern bewußt und geplant geschehen. Kulturelle und künstlerische Bildung der breiten Masse der Bürger ist eine wichtige Voraussetzung für ein kulturvolles Leben im gesellschaftlichen Miteinander. Sie prägt Verhaltensweisen und Wertvorstellungen.

Zielgerichtete Kulturförderung durch die Kommune ist deshalb unverzichtbar. Ohne Zweifel gehen vom verantwortlichen Dezernenten, Herrn Gatzlaff, und vom Kulturamtsleiter, Herrn Dr. Neubacher, diesbezüglich wesentliche Impulse aus, die man ohne Frage als kreativ bezeichnen kann. Das habe ich als damalige Ausschußvorsitzende wohltuend erlebt und unterstützt.

Beide haben großen Anteil daran, daß sich Kultur in Eberswalde nicht nur auf die Verwaltung des finanziellen Mangels beschränkt, sondern immer wieder Visionen für die kulturelle Zukunft der Stadt und für ihre kulturellen Institutionen entwickelt, propagiert und deren Umsetzung initiiert wird.

Beide sind es auch, die den Volksvertretern, besonders in den Sitzungen des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration, immer wieder verdeutlichen, daß ein lebendiges kulturelles Leben in der Kommune, ein Bewußtmachen unserer deutschen und europäischen Werte und Leitsätze, auch des Agierens anspruchsvoller Künstler bedarf und ohne den entsprechenden finanziellen Aufwand undenkbar ist.

Ich habe mir oft gewünscht, diese vorausdenkenden Impulse wären von den Stadtverordneten ausgegangen. Gerade sie sollten nicht vorrangig das Geld, sondern Investitionen in eine hohe kulturelle Bildung der Bürger ihrer Stadt im Blick haben.

Sie hätten wohlwollend zur Kenntnis nehmen können, daß für das FinE mehr Geld ausgeben wurde als geplant und genehmigt.

Wenn nun in diesem Jahr die entsprechenden Mitarbeiter der Stadtverwaltung eigenmächtig über das Ziel hinausgeschossen sind, muß man sie eher loben als mit »Kopfschütteln« zu reagieren.

Der Zugang zu anspruchsvoller Kunst und Kultur wird heute ohnehin mehr und mehr abhängig vom Geldbeutel und ist damit Privilegierten vorbehalten.

Wenn die FINE-Kosten im Nachhinein genauestens analysiert werden, wie Herr Gatzlaff äußerte, gebührt zuerst denen Dank, die sich dafür engagieren, die Bürger nicht mit billiger Massenkultur abzuspeisen, sondern um künstlerischen Anspruch und Niveau ringen – auch wenn das (mehr) Geld kostet und sie über das bewilligte Ziel hinausgeschossen sind.

Dr. ILONA PISCHEL

Kostenexplosion beim Stadtfest

Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zu den Mehrausgaben beim FinE

Zunächst ist positiv zu würdigen, daß durch den verantwortlichen Kulturdezernenten Bellay Gatzlaff Transparenz in der Sache hergestellt wurde. Leider ist damit das Positive, was dazu gesagt werden kann, ausgeschöpft.

Ein Stadtfest für fast 100.000 Euro durchzuführen ist einfach nicht zeitgemäß. Es ist zu hinterfragen, ob es tatsächlich noch um die Ausrichtung eines Stadtfestes geht, das alle Bevölkerungsgruppen anspricht, oder ob vielmehr zunehmend eine verdeckte und für die Stadt kostenintensive Förderung für prekär beschäftigte Künstlerinnen und Künstler der Berliner freien Kulturszene realisiert wird.

Sprechblasen, wie die von der »Kulturhauptstadt im Nord-Osten Brandenburgs« zeugen davon, daß bei einigen Verantwortungsträgern in der Stadtverwaltung womöglich die kulturpolitischen Glühbirnen nicht nur glühen, sondern schon durchgebrannt sind.

Nachdem nun die ersten Kostenaufstellungen vorliegen, ist zu hinterfragen, warum das Thema nicht offiziell im nächsten AKSI und AWF auf die Tagesordnung kommt. Es sollte zeitnah Gelegenheit sein, sich mit der inhaltlichen und organisatorischen Ausrichtung des FinE in den nächsten Jahren zu beschäftigen. Wobei auch die Verantwortlichkeit des mittels Fünfjahresvertrag für die Organisation des

Stadtfestes gebunden Veranstalters zu prüfen wäre. Die Stadtverordneten müssen sich klar einigen, wieviel sie jährlich für das FinE ausgeben wollen. Letztlich muß es angesichts der Kostenexplosion Konsequenzen geben.

Eigentlich müßte man einen unabhängigen Untersuchungsausschuß einsetzen. Das läßt die Brandenburger Kommunalverfassung aber leider nicht zu.

Unser erstes Fazit ist: Wir brauchen eine unabhängige lückenlose Aufklärung des gesamten Sachverhaltes ohne Ansehen der betroffenen Personen, einschließlich des Bürgermeisters und des verantwortlichen Leiters des städtischen Kulturamtes. In der bevorstehenden Debatte zum Doppelhaushalt 2017/18 wird das zweifellos eine Rolle spielen.

In den vergangenen Jahren war es möglich, gelungene Stadtfeste mit deutlich geringerem Kostenrahmen durchzuführen. Das sollte auch künftig möglich sein. In diese Diskussion sollte auch der Kulturbeirat einbezogen werden.

Aktuelle finanzpolitische Entwicklungen in der Stadt Eberswalde lassen vermuten, daß der erhöhte Einsatz von finanziellen Mitteln für die Eberswalder Kultur zu Lasten der Kinder- und Jugend-, einschließlich der Jugendsozialarbeit gehen könnte.

CARSTEN ZINN

WHG subventioniert Luxuswohnungen

Eberswalde (bbp). Hans-Jürgen Adam, Geschäftsführer der stadteigenen WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft, erstattete am 15. September im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen Bericht. Die aktuellen Baumaßnahmen standen dabei im Mittelpunkt. Im August erfolgte der symbolische erste Spatenstich für die Sanierung der WHG-Quartiers an der Kantstraße. 3,3 Millionen Euro sollen hier investiert werden, wobei die angestrebte Zielmiete für die sanierten Wohnungen bei 6,50 € pro Quadratmeter liegt. Auch im neuen Schillerquartier sind keine Sozialwohnungen zu finden. Dort verlangt die WHG 6 bis 6,50 Euro pro Quadratmeter. Der schwierige Baugrund ließ die Baukosten in die

Höhe schnellen (1.900 Euro pro Quadratmeter), was eigentlich noch höhere Mieten erfordern würde. Auch die sogenannten »Michaelisgärten« bringen nicht die aus betriebswirtschaftlicher Sicht erforderliche Kaltmiete ein. Statt bei 9 € liegt der tatsächliche Mietzins pro Quadratmeter bei 6,60 €. Nur so gelang es, die 10 Luxus-Appartments zu vermieten.

Durch die WHG-Strategie der letzten Jahre, vorrangig in höherpreisigen Wohnraum zu investieren, der dann aber nicht für den betriebswirtschaftlich erforderlichen Preis vermietet werden kann, ist die WHG in eine Situation geraten, daß die Mieter von Luxuswohnungen durch die große Masse der Normalmieter faktisch subventioniert werden.

Weltladen

Eberswalde (alnus). Eberswalde hat wieder ein Fairtrade-Geschäft. Der kleine Laden befindet sich in der Maria-Magdalenen-Kirche und hat dienstags von 15 bis 18 Uhr sowie nach den Gottesdiensten geöffnet. Die handgefertigten Produkte kommen aus aller Welt. Die Hersteller erhalten für ihre Ware einen gerechten Lohn. Adresse: Maria-Magdalenen-Kirche, Südeingang des Kirchenschiffs, an der Salomon-Goldschmidt-Straße (Weitere Infos siehe <http://stadt-und-land-im-wandel.de/eberswalde/fairtrade-geschaeft-eberswalde/>).

Nie wieder Krieg

Unter diesem Motto versammelten wir uns, über 100 Friedensaktivisten der linken Szene und friedliebende Bürger. Nicht auszumachen waren Vertreter von SPD und CDU, die im Bundestag über die deutsche Waffenproduktion, die zur größten der Welt gehört, und die zahlreichen Auslandsaktivitäten der Bundeswehr entscheiden. Hauptredner war Prof. Dr. Heinrich Fink. Frieden und Freundschaft mit allen Völkern, wobei Rußland eine herausragende Rolle spielt, war für uns das Resümee des Tages. PETER STRECKER, Schorfheide

Friedensdemonstration am 8. Oktober in Berlin:

Die Waffen nieder!!!

Kooperation statt NATO-Konfrontation, Abrüstung statt Sozialabbau

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße.

Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden.

Die Politik muß dem Rechnung tragen. Wir akzeptieren nicht, daß Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

KRIEG IST TERROR. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen.

Die Bundesregierung muß an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

DEUTSCHE WAFFENLIEFERUNGEN heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Rußland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluß

und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm – begleitet von verbaler Aufrüstung – an die Grenzen Rußlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Rußland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muß durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg.

Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Rußland.

- Wir verlangen von der Bundesregierung:
- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
 - die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
 - den Stopp der Rüstungsexporte
 - die Ächtung von Kampfdrohnen
 - keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Rußlands.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen.

Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit. Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin.

Bundesausschuß Friedensratschlag, Kooperation für den Frieden, Berliner Friedenskoordination

DIE WAFFEN NIEDER!
*Kooperation statt NATO-Konfrontation
 Abrüstung statt Sozialabbau*
Demo in Berlin am 8. Oktober 2016
 Auftakt 12 Uhr, Alexanderplatz, Ecke Otto-Braun-Str.
www.friedensdemo.org

Glyphosat im Brot, Bodenkrise, Bienensterben

Wie weiter in der Landwirtschaft?

Bernau (tt). Am 12. Oktober um 19 Uhr findet in der Stadtbibliothek Bernau (Kulturhof, Breitscheidstraße 43 b) eine Informations- und Diskussionsveranstaltung statt zum Thema: »Landwirtschaft in der Krise? Brauchen wir eine Land Wende?« Michael Beleites, Autor des aktuellen Buches »Land Wende« und der Börnicker Gärtner Ludwig Seeger stellen sich die-

sen Fragen. Es geht um gegenwärtige Praktiken der Agrarkultur, vor allem aber um praktische Alternativen für eine Landwirtschaft der Zukunft. Die Veranstaltung wird gemeinsam vom Verein Bildung-Begegnung-Zeitgeschehen (bbz) und dem GemeinschaftsGut Börnicke e.V. und der Buchhandlung »Schatzinsel« organisiert. Die Teilnahme kostet 3 €, ermäßigt 1 €.

Initiative zur »B 167 neu«

Umweltbundesamt empfiehlt Streichung

Aus aktuellem Anlaß hat sich eine Initiative aus regionalen Vereinen und Umweltverbänden formiert, um über den Stand der Planungen zum Neubau der B 167 und die Auswirkungen auf Natur und Lebensqualität in und um Eberswalde zu beraten.

Nach der Neuauflage des Bundesverkehrswegeplans scheint das Projekt »B 167 neu« im Aufwind zu sein und könnte Ende des Jahres den Bundestag passieren. Alle Teilnehmer sind sich einig: Es ist noch nicht zu spät, gebaut wird frühestens nach Abschluß des Planfeststellungsverfahrens 2019. Der Bundesverkehrswegeplan war immer überbucht und nie wurde alles gebaut, was darin vorgesehen war.

Konsens herrscht auch darüber, daß das angeblich so günstige Kosten-Nutzen-Verhältnis von 10,0 nicht realistisch ist. Selbst der Bundesrechnungshof hat vor kurzem kritisiert, daß die angegebenen Baukosten nicht prüfbar seien. Es ist zu befürchten, daß die Kosten wie bei so vielen anderen Bauvorhaben aus dem Ruder laufen. Auch der Nutzen erscheint mehr als zweifelhaft, die dafür angeführten Daten sind mehr Wunschdenken als transparente Fakten.

Weitere direkte Kritik am Projekt kommt vom Umweltbundesamt. In seiner Stellungnahme zum Bundesverkehrswegeplan empfiehlt die Behörde, 41 der 605 Straßenbauvorhaben wegen besonders negativer Umweltauswirkungen zu streichen. Die B 167 neu, Ortsumfahrung Finowfurt und Eberswalde, ist eines der Projekte, die vom UBA explizit zur Streichung empfohlen werden.

Der Initiative gehören der ALNUS e.V., die Bürgerinitiative gegen den Bau der B 167 neu, der NABU Kreisverband Barnim, der BUND Brandenburg und Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Landtagsabgeordneten Axel Vogel an. Die Beteiligten wollen falsche Versprechungen und negative Auswirkungen des Projekts in der Öffentlichkeit thematisieren. Nähere Informationen unter www.alnus-eberswalde.de (und auf Seite 11).

DANIEL FUCHS, ALNUS e.V.

Kino und Gundermann

Am Samstag, dem 8. Oktober, kommen um 20 Uhr Gundermanns Liedgefährten mit einigen seiner schönsten Lieder mit »geliehenen Musiken«, z.B. von Bruce Springsteen, Tom Waits, Steeleye Span und den Beatles in den Heidekrug. Der Eintritt beträgt 12 Euro.

Jeweils freitags lädt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 zum Kommunalen Kino ein. Am 7. Oktober zeigt der Verein den Film WIE AUF ERDEN (Schweden 2015 - 134 Minuten, FSK 0), den Nachfolger des bekannten Films WIE IM HIMMEL von 2004.

Am 14. Oktober gibt es dann den Film ICH UND KAMINSKI zu sehen. Beginn ist jeweils 19.30 Uhr bei einem Eintritt von 6 €.

GISBERT AMM

Nahverkehrsplan diskutieren

Der Kreistag hat am 11. Februar 2015 den Nahverkehrsplan beschlossen und damit den Rahmen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Barnim für die Jahre 2017 bis 2026 gesetzt.

Leider hat die Stadtverwaltung, als sie an ihrer Stellungnahme zum Nahverkehrsplan schrieb, die Stadtverordneten weder beteiligt noch zeitnah informiert. Beim städtischen Umsetzungskonzept, das derzeit in Arbeit sein dürfte, droht dasselbe.

Die gescheiterten Bemühungen, die Obus-Linienführung ab 2018 in die Fritz-Weineck Straße zu verlegen, zeigten erneut, daß man Stadtverordnete und Anwohner nicht vor vollendete Tatsachen stellen sollte.

Im Unterschied zum Brandenburgischen Viertel, stellen in Finow-Ost die Sammelstraßen für einen Obusbetrieb eine große verkehrstechnische Herausforderung dar. Der grundsätzliche Ausbau der Fritz-Weineck-Straße ändert daran nichts. Wir bezweifeln, daß ein Ausbau für mehr als 1 Million Euro nach dem Rückzieher der Barnimer Busgesellschaft weiterhin von hoher Priorität ist. Naheliegender wäre, zunächst die längst versprochene grundsätzliche Sanierung der Frankfurter Allee auf die Tagesordnung zu setzen, denn hier fährt der Obus. Die Vergabe der Planungsleistungen für den Ausbau der Fritz-Weineck-Straße im Hauptausschuß am 21.9.16 haben wir daher abgelehnt.

Ziel muß sein, für alle Stadt- und Ortsteile, einschließlich der dörflichen, innovative, barrierefreie, umweltfreundliche und zugleich kostensparende ÖPNV-Lösungen zu finden. Dazu gehört auch die intelligente Verbindung zwischen innerstädtischen und überörtlichen Buslinien sowie die Anbindung an den Schienenverkehr und ein leistungsfähiges Park&Ride-System.

Die Diskussion dazu muß öffentlich geführt werden unter Einbeziehung des Seniorenbeirats und anderer Betroffenen-Verbände. Beratungen in Hinterzimmern helfen niemandem.

CARSTEN ZINN

Bürger-Sprechstunde

Bernau (bbp). Die Fraktion DIE LINKE in der SVV Bernau führt am 6. Oktober, von 15 bis 18 Uhr, eine Bürgersprechstunde durch. In der Fraktionsgeschäftsstelle in der Berliner Straße 17 in Bernau erwarten neben der Fraktionsvorsitzenden Dr. Dagmar Enkelmann auch die Kreistagsabgeordnete Christine Poppitz die Bürgerinnen und Bürger.

Musikalische Reise

Eberswalde (bbp). Der Afrikanische Kulturverein Palanca e.V. lädt am 22. Oktober ab 18 Uhr zu einer »Reise durch Lateinamerika« mit dem chilenischen Musiker Cirilo Adiazola in seine Räume im Rofin-Park an der Hans-und-Hilde-Coppi-Straße ein.

Beerdigung eines Ausschusses?

Eberswalde (bbp). Als die Eberswalder Stadtverordneten im Jahr 2011 den Ausschuß für Energiewirtschaft (AEW) ins Leben riefen, ging es vorrangig um die Rekommunalisierung der Versorgungsnetze für Strom und Gas, deren Neuvergabe anstand. Von Anfang an war klar, daß dies von der Rathauspitze nicht gewollt war. Die Stadtverwaltung hatte vielmehr vor, die Verträge mit den Großkonzernen EON Edis und EWE für weitere 20 Jahre zu verlängern. Als einzige Fraktion war damals die FDP gegen die Bildung des Ausschusses. Gerade diese Fraktion besaß aber das Recht, mit Götz Trieloff den Ausschußvorsitzenden zu stellen. Seitens der Stadtverwaltung begleitete der damalige Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff, ebenfalls erklärter Gegner der Rekommunalisierung, den Ausschuß. »Damit war von Anfang an klar, daß die Kommunalisierung der Stromnetze und die Bildung von Stadtwerken nicht unterstützt wurden«, schrieb der Verfechter der Rekommunalisierung Dr. Hans Mai zwei Jahre später in einem offenen Brief. Bereits damals sah er das ursprüngliche Anliegen des Ausschusses, einen stärkeren Einfluß auf die Energiepolitik der Stadt zu gewinnen, als gescheitert an. Die Schuld daran gab er nicht zuletzt dem Agieren der einstigen Mitsstreiter von der Fraktion DIE LINKE. »Ein Ausschuß für Energiewirtschaft im Sinne einer stärkeren kommunalen Einflußnahme«, so Dr. Mai, »ist aus meiner Sicht auch zukünftig weder von der Verwaltung, noch von der FDP oder der Linken gewünscht«.

Nach dem Rückzug von Mai, der als Einzelbewerber in die Stadtverordnetenversammlung gelangt war und sich der SPD-Fraktion angeschlossen hatte, verließen auch die vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde entsandten Vertreter den Ausschuß. Trotzdem wurde der AEW auch nach den 2014er Kommunalwahlen wieder gebildet, diesmal unter Vorsitz von Conrad Morgenroth von der Bürgerfraktion Eberswalde.

Allerdings war dem Ausschuß nun das Thema abhanden gekommen, woran auch der neue Ausschußvorsitzende nichts ändern konnte. Wichtige energiepolitische Themen, wie die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes oder der Ausbau des Obusnetzes in Eberswalde, legte die Stadtverwaltung nicht dem Ausschuß vor, so daß sich angesichts der »inhaltlichen Blutleere« inzwischen sogar DIE SPD, die den Ausschuß einst initiierte, damit abzufinden scheint, den Ausschuß »zu beerdigen«. Ideen, den Ausschuß sinnvoll weiterzuführen, gibt es durchaus. So hatte die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE schon im Herbst 2014 vorgeschlagen, den AEW in einen Ausschuß für Energie und Umwelt umzubilden, um so den Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) zu entlasten.

Weitere Anregungen gab es auf der AEW-Sitzung im Juni 2016. Dr. Mai und der sachkundige Einwohner Dr. Uwe Fischer wiesen

darauf hin, daß es hinsichtlich der Rekommunalisierung der Netze durchaus Fortschritte gegeben habe. Der Ausschuß wirkte bei der Formulierung der Konsortialverträge mit. Dadurch seien künftig gemeinsame Netzgesellschaften möglich als Einstieg zur Rekommunalisierung. Sie sprachen auch das Thema Wärmerversorgung an, zu dem eben erst für das Eberswalder Innenstadtquartier ein gemeinsames Forschungsvorhaben der EWE, der Stadt Eberswalde und drei Brandenburger Fachhochschulen abgeschlossen wurde.

Karen Oehler und Carsten Zinn verwiesen auf die kürzlich gegründeten Kreiswerke und die Aufforderung, daß sich die Kommunen daran beteiligen. Auch das müsse eingehend diskutiert werden. Sogar Götz Trieloff hielt es »für verfehlt, wenn in der jetzigen Zeit, der Zeit der Energiewende, die Stadt Eberswalde, die Stadt mit der grünsten Hochschule Deutschlands, auf die Idee käme, einen Ausschuß für Energiewirtschaft abzuschaffen«.

Der Vorschlag, daß sich der AEW im September mit dem novellierten Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) befassen soll, wurde, als es soweit war, von der Verwaltung aufgrund fehlenden Sachverständigen für diese komplizierte Materie abgeblockt. Der sachkundige Einwohner Friedrich Dieme reagierte auf die überraschende Absage mit weiteren Vorschlägen. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Waldsportanlage wäre beispielsweise ein Thema, welche Arten der Energieversorgung genutzt werden. Alternativen zu einer Einzelkesselanlage wären die anliegende Fernwärme, ein Blockheizkraftwerk oder andere Formen der Wärmerückgewinnung. Die gleichen Fragen stehen bei der Sanierung des Rathauses und beim WHG-Quartier Kantstraße an. Die städtische Wohnungsgesellschaft ist gerade hinsichtlich der Wärmeenergie ein wichtiger Akteur. Bereits 2012 seien dem Bürgermeister mindestens elf weitere Quartiere vorgestellt, wo man mit einfachen Mitteln eine Umsetzung der Wärmewende mit hoher Effektivität beginnen könnte. Diese Vorschläge seien gewiß irgendwo in einer unteren Schublade in der Stadtverwaltung zu finden.

Nach Ermittlungen aus dem Jahre 2012, so Friedrich Dieme, werden in Eberswalde jährlich rund 100.000 Tonnen Kohlendioxid nur durch Wärme, zum Teil vergeudete Wärme, ausgestoßen. Insoweit hätte ein Energieausschuß ausreichend Themen, allerdings nicht in der bisherigen Form.

Demgegenüber informierte Reinhard Fischer auf der Juni-Sitzung, daß die CDU-Fraktion empfehle, den AEW aufzulösen. Die Baudezernentin Anne Fellner, die als Gast an der Fraktionssitzung der CDU teilnahm, habe vorgeschlagen, »energetische Fragen an den Bauausschuß zu delegieren und weitere Themen wie die Mitwirkung an der Gestaltung von Konsortialverträgen an den Hauptausschuß abzugeben«.

Die Eberswalder Montagsdemos *Kahlschlag im Sozialbereich?*



FOTO: ALBRECHT TRILLER

Eberswalde (at/bbp). Wer in Eberswalde weiß heute noch etwas damit anzufangen? Sicher alle die, die sich an den Demonstrationen 2004 bis 2007 selbst beteiligt haben. Darüber hinaus sicher die vielen politisch Interessierten und aktiv Tätigen und wahrscheinlich auch viele Betroffene, auch wenn sie sich nicht als solche geoutet und mitgewirkt haben.

Seit der ersten Eberswalder Montagsdemo am 23. August 2014 sind zwölf Jahre vergangen und die Erinnerung daran verblaßt. Das Dutzend ist voll und nun gibt es eine zusammenfassende chronologische Darstellung des Kampfes gegen Hartz und das damit verbundene soziale Unrecht, die anlässlich einer kleinen Feier im Restaurant »Wilder Eber« den eingeladenen Mitsreitern von damals vorgestellt wurde.

»Mit diesem Rückblick auf 100 Montagsdemos und viele damit verbundene weitere Aktionen«, heißt es im Vorwort, »soll zuerst all denen gedankt werden, die mit Herz und Überzeugung mitgewirkt und unendlich viel Zeit aufgewandt haben, um jede einzelne Aktion zum Erfolg werden zu lassen«.

Die Montagsdemonstrationen stellen auch einen Teil der Eberswalder Geschichte in dieser Zeit dar, die es wert ist, aufgezeichnet und der Eberswalder Geschichtsschreibung hinzugefügt zu werden, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, daß der Gegenstand der Montagsdemos ein gesamtgesellschaftliches Problem war und ist.

Mit der gegebenen Darstellung der Montagsdemos werden erstmals sehr detaillierte Informationen gegeben, für die in anderen Veröffentlichungen kein Platz ist. Im großen Umfang werden komplette Redebeiträge wörtlich wiedergegeben, und vermitteln so im Detail die Meinungen der Betroffenen und ihre Erwartungen an die Politik. Die Darstellung zeigt auch den Ideenreichtum der Mitwirkenden zur inhaltlichen Ausgestaltung der einzelnen Demo.

Die gedruckte Variante dieser zusammenfassenden Darstellung der Montagsdemos lag nur in geringer Stückzahl vor und war noch während der Erinnerungsfeier vergriffen. Eine zweite Auflage wird derzeit vorbereitet.

Chaos im Bürgermeisteramt verhindert »Tag des Pilzes«

Eberswalde (bbp). Im vorigen Herbst wurde ALEXANDER LEIFELS aus der Pressestelle im Bürgermeisterbereich in die Außenstelle im Brandenburgischen Viertel versetzt. Das Frühjahr kam, und er hatte die Stadtverwaltung »im Einvernehmen« ganz verlassen. Später im Frühjahr kündigte der Leiter des Bürgermeisterbereiches ROBBY SEGEBARTH an, er werde »auf eigenen Wunsch« das Bürgeramt übernehmen.

Dummerweise waren es diese beiden, mit denen RENÉ SCHUMACHER vom MYKOLOGISCHEN VERBAND BRANDENBURG alljährlich die Organisation für den »Tag des Pilzes« im Eberswalder Bürgerbildungszentrum abgesprochen hatte. Da der Pilzexperte kein Honorar verlangt, blieb als städtische Leistung die kostenfreie Be-

reitstellung eines Raumes für die ganztägige Pilzberatung und des Saales für einen jährlich thematisch wechselnden Vortrag, die Öffentlichkeitsarbeit sowie der Erstattung eines Teils der Fahrtkosten in Höhe von zuletzt knapp 50 Euro. Die neue Leiterin des Bürgermeisterbereiches NANCY KERSTEN ließ wissen, daß »von Seiten der Stadt Eberswalde kein Pilztag geplant« sei. Eine Nutzung der Räume sei unter den üblichen Bedingungen, also gegen Mietzahlung, möglich.

Zwei mögliche Termine sind inzwischen verstrichen. René Schumacher wandte sich an mehrere Stadtverordnete und versuchte vergeblich direkt mit dem Bürgermeister in Kontakt zu kommen. Dafür antwortete Sozialde-

Eberswalde (bbp). Dem Familienzentrum im Brandenburgischen Viertel wurden die pauschalen Zuschüsse für Miete und Betriebskosten per 1. Januar 2017 gestrichen, weil die Räumlichkeiten nicht barrierefrei sind (BBP 8 und 9/2016).

Nun wurde bekannt, daß auch für andere Sozialvereine seitens der Stadtverwaltung die bisherige institutionelle Förderung ab 2017 gestrichen wird. So erging es dem DREIST e.V., der mit Angeboten zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in der Stadt tätig ist. Mädchen und Jungen, die von Gewalt bedroht sind, und auch deren Eltern erhalten beim DREIST e.V. Hilfe. Darüber hinaus ist der Verein mit dem Projekt »SpielGrenze« in Kitas und Grundschulen in städtischer Trägerschaft aktiv. Diese Angebote können laut einer Stellungnahme des Barnimer Jugendamtes nach Wegfall der städtischen Förderung nicht mehr umgesetzt werden.

Bereits am 19. Mai 2016 kündigte der Dezernent für Bildung, Soziales, Kultur und Beschäftigungsförderung Bellay Gatzlaff in einem von der Jugendkordinatorin Katrin Forster-König bearbeitetes Schreiben an, daß es »die Bestrebung der Stadt Eberswalde« sei, »die Finanzierung der Angebote und Leistungen der Jugendförderung umzustellen«. Ziel sei, »hierdurch die zur Verfügung stehenden Mittel effizienter und zielgerichteter zu verwenden«.

Der DREIST e.V. wurde »in Kenntnis« gesetzt, daß die Umsetzung des Projektes *SpielGrenze* sowie weiterführende Leistungen des Vereins »ab dem Jahr 2017 lediglich entsprechend der unsererseits konkret nachgefragten und Ihrerseits faktisch erbrachten Leistungen« finanziert werden. Die Stadtverordneten wurden über die Bestrebungen »der Stadt« nicht in Kenntnis gesetzt. Dabei handelt es sich bei der angestrebten Umstellung der Finanzierung der Jugendförderung zweifellos um eine grundsätzliche Entscheidung gemäß BbgKVerf § 28 Abs. 2 Pkt. 1, die somit den Stadtverordneten obliegt. Dezernent Gatzlaff sieht dies hingegen als ein Geschäft der laufenden Verwaltung an.

zernent BELLAY GATZLAFF: »Bitte sehen Sie mir nach, daß ich den Entscheidungen des Bürgermeisterbereichs nicht vorgreifen kann. Sobald dort die Entscheidungen zum weiteren Verfahren gefallen sind und dann mein Dezernat betroffen ist, werde ich mich selbstverständlich um eine sachgerechte Erledigung der Angelegenheit kümmern. Ich bin allerdings ziemlich sicher, daß der Bürgermeisterbereich bereits eine sachgerechte Lösung findet.«

Am Ende des Monats September war eine solche Lösung noch immer nicht gefunden. Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI, der von alldem scheinbar nichts wußte, gab aber nach Interventionen des Stadtverordneten CARSTEN ZINN zur jüngsten Stadtverordnetenversammlung offenbar endlich grünes Licht.

Polizei rüstet auf

Eberswalde (bbp). An der Bernauer Heerstraße in Eberswalde-Südend, beim Landeskriminalamt (LKA), wird es ab 1. November ein spezielles Dezernat geben, das sich mit dem »Kampf gegen den islamistischen Terrorismus« befaßt. Wie die regionale Tageszeitung unter Berufung auf einen Polizeisprecher berichtete, gibt es am LKA bereits seit einem Jahr eine Arbeitsgruppe, die sich der Aufklärung und Bekämpfung des islamistischen Terrorismus in Brandenburg widmet. Die Aufgaben der 20 Mitarbeiter würden sich durch die neue Struktur nicht ändern, hieß es. Bisherige Erfolge sind Ermittlungen gegen einen terrorverdächtigen Asylbewerber in Wriezen und gegen zwei Deutsche aus Eisenhüttenstadt, die im August einen Anschlag auf das dortige Stadtfest geplant haben sollen. Wichtig sei ein »kurzer Draht« zum Bundeskriminalamt und zu diversen Geheimdiensten. Dem neuen Dezernat sollen künftig arabisch sprechende Kollegen und Islamwissenschaftler angehören.

Auch waffentechnisch rüstet das LKA auf. Die Spezialeinsatzkommandos der Brandenburgischen Polizei erhalten neue Gewehre und Schutzhelme sowie neue Munition, die auch die von Terroristen benutzten, besonders gepanzerten Westen durchschlägt. Auch Nachtsichtgeräte würden gerade angeschafft. Die Verantwortlichen gehen davon aus, daß »die Terrorgefahr in Brandenburg« anhalten werde, wobei stillschweigend unterstellt wird, daß es solch eine Gefahr tatsächlich gibt.

OSZ II rüstet ab

Eberswalde (bbp). Das Hotel- und Gaststätten-gewerbe hat Probleme. Das Geschäft boomt, aber es fehlen ausgebildete Arbeitskräfte für Küche und Service. Trotz des Bedarfs gibt es am Oberstufenzentrum (OSZ) II in Eberswalde keine entsprechende Ausbildungsklasse, was laut Aussage des Bildungsministeriums wiederum daran liegt, daß es zu wenige Lehrlinge im Einzugsbereich des OSZ II gibt.

Der Barnimer Kreisvorsitzende der DEHOGA (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband) Dirk Panzlaff fragte daher beim Fraktionsvorsitzenden des Alternativen Wählerbündnisses Eberswalde Carsten Zinn nach, ob es nicht möglich sei, in gemeinsamer Anstrengung mit Kommunal-, Regional- und Landespolitik, der Bundesagentur für Arbeit Eberswalde und dem Jobcenter Barnim die Ausbildungsklasse für die Hotel- und Gastronomiebranche am OSZ II zeitnah wieder zu reaktivieren. Angesichts der mittlerweile sechs Sprachklassen für Asylbewerber und Flüchtlinge im OSZ II gebe es auch potentielle Bewerber.

Keine Erwähnung fand der Umstand, daß in der regionalen Hotel- und Gastronomiebranche bei den üblichen familienunfreundlichen Arbeitszeiten die gezahlten Löhne kaum das gesetzliche Mindestlohniveau überschreiten.

Tierpark versus Familiengarten

Pro-Kopf-Zuschuß ist geringer

Eberswalde (bbp). Am 15. September berichtete Tierparkdirektor Dr. Bernd Hensch, trotz Erkrankung, über die aktuelle wirtschaftliche Situation des Eberswalder Tierparks. Dies stand im Zusammenhang mit der vorab zu beschließenden Ertrags- und Kostenaufstellung für den Tierpark im Jahr 2017. Das ist Voraussetzung für den jährlichen Zuschuß des Landkreises in Höhe von 500.000 € und faktisch ein Vorgriff auf den erst im Dezember zu beschließenden Haushaltsplan für das nächste Jahr. Der gegenüber dem Vorjahr um 14.000 € erhöhte Defizitausgleich von nunmehr 774.330 € ist damit bereits beschlossene Sache.

Allerdings kündigte Dr. Hensch bereits an, daß 2016 das auszugleichende Defizit deutlich geringer ausfallen werde als ursprünglich geplant. Ein Grund dafür sei, daß die seit Mai gültigen erhöhten Eintrittspreise nicht zu dem befürchteten Besucherrückgang geführt hatten. Hier setzte auch Carsten Zinn von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde an, der dem Tierparkdirektor vorab mehrere Fragen übermittelt hatte. Wegen seiner Erkrankung hatte Dr. Hensch zur Ausschußsitzung noch keine Antworten parat. Die lieferte anderthalb Wochen später der zuständige Dezernent Bellay Gatzlaff nach.

Die Einschätzung, daß die Preiserhöhung sich nicht negativ auf die Besucherzahlen auswirkt, ergebe sich »aus den jetzt schon erreichten Besucherzahlen für 2016 und den vereinnahmten Erträgen«. Der geplante Haushaltsansatz für 2016 in Höhe von 1,372 Mio € wurde, so Gatzlaff, »mit Stichtag 20.09.2016 um 138.000 € übererfüllt (Gesamterträge schon 1,510 Mio €). Das Niveau der Besucherzahlen erreichte im September bereits das Niveau der Vorjahre.«

Der Dezernent widersprach der Vermutung, daß der Tierpark beispielsweise gegenüber dem Familiengarten eine privilegierte Rolle spiele

und belegte das mit Zahlen (siehe Tabelle). Demnach erhält der Tierpark pro Besucher sogar weniger Zuschuß als der Familiengarten, selbst unter Hinzurechnung des Kreiszuschusses, »was einer Schlechterstellung entspräche, wenn man das tatsächlich so betrachten wollte... Ein besonderer Vorrang des Zoos vor dem Familiengarten läßt sich also nicht ableiten.«

Angebot und Qualität der Gastronomie seien gut, so Gatzlaff auf die entsprechende Frage. »Die jetzige Betreiberin hat mit Abstand die wenigsten Beschwerden im Vergleich zu den vielen Betreibern über die vergangenen Jahre.« Verbesserungen seien dennoch immer wünschenswert, weshalb die Betreiberin ein Qualitätsteam gegründet habe, »das an Verbesserungen arbeitet und in dem der Zoo mit aktiv ist.«

Zur Frage nach Bemühungen, zu Spitzenzeiten den Besuchern lange Wartezeiten zu ersparen und der dann angespannten Parkplatzsituation zu begegnen, sagte der Dezernent, daß bereits das Mögliche getan werde, beispielsweise bei Bedarf eine zweite Kasse zu öffnen und eine elektronische Bezahlung zu ermöglichen. Weil dennoch zuweilen Warteschlangen nicht zu vermeiden seien, sei vor dem Eingang ein Spielplatz für Kinder eingerichtet worden. Was Parkplätze angeht, verfüge der Eberswalder Tierpark schon jetzt im Vergleich zu anderen Zoos seiner Größe über die meisten Parkplätze.

Zudem sei der Tierpark sowohl mit Fahrrad als auch per Bus gut erreichbar. »Um einen Haltepunkt der Deutschen Bahn am Zoo hat der Zoo immer wieder gekämpft und war auch schon mal nah dran am Erfolg. Das Land Brandenburg hat die Schaffung des Zoohaltepunktes aber bis auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.« Gatzlaff ergänzt: »Wichtiger wäre ein 30min-Takt für den Regional-expreß nach Berlin, weil dadurch die Attraktivität der Zugverbindung steigt, was nicht nur Nutzen für den Zoo, sondern für die gesamte Stadt hat.«

	Besucher Tierpark	Zuschuß	Zuschuß pro Besucher	Besucher Familiengarten	Zuschuß	Zuschuß pro Besucher
2012	253.175	416 T€	1,64 €	106.142	660 T€	6,21 €
2013	249.723	547 T€	2,19 €	75.043	458 T€	6,10 €
2014	259.996	517 T€	1,99 €	88.951	421 T€	4,73 €
2015	276.114	617 T€	2,23 €	95.728	513 T€	5,36 €
2016	238.519	(zum 26.09.2016)				

Bürgerdialog »Flüchtlinge und Fluchtursachen«

Eberswalde (pre-st-ew). »Flüchtlinge und Fluchtursachen: was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?« – unter diesem Titel fand am 4. Oktober um 18 Uhr im E.I.C.H.E. Informationszentrum in der Brunnenstraße 26a im Rahmen der Ausstellung »Mythos Europa« ein Bürgerdialog statt. Richard Kühnel, der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und Anne Quart, die Staatssekretärin im Ministerium der Justiz, für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, diskutierten mit den Bürgern. Moderiert

wurde der Bürgerdialog von Thomas Heineke von der Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik. Zugleich sind seit dem 9. September 2016 im E.I.C.H.E.-Informationszentrum mehr als 200 Bilder der Künstlerin ANTOINETTE unter dem Titel »Mythos Europa« zu sehen. Die Werke setzen sich unter anderem mit der Geschichte der Europa, der Identität des Kontinents auseinander. Bis zum 5. November 2016 findet dazu ein vielfältiges Rahmenprogramm statt. Weitere Informationen gibt es unter www.mythos-europa.de.

380kV-Freileitung (»Uckermarkleitung«):

Kritik an der Haltung der Landesregierung

Die Landesregierung muß sich ihrer Verantwortung stellen und einen aktiven Beitrag zur Konfliktlösung leisten und aufhören, den Landtag und die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen.

Seit acht Jahren kämpft unsere Bürgerinitiative gegen die geplante 380kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen, die den Naturpark Barnim, die Stadt Eberswalde, das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und das Stadtgebiet von Angermünde queren soll.

Seit acht Jahren fordern wir, unterstützt von den betroffenen Städten, Ämtern und Gemeinden und dem NABU-Brandenburg, eine sozial- und umweltverträgliche Trassierung.

Mit seiner Entscheidung vom 21.1.2016 hat das Bundesverwaltungsgericht den Planfeststellungsbeschluß für dieses Leitungsprojekt für »rechtswidrig und nicht vollziehbar« erklärt und damit unsere Kritik u.a. an der mangelnden Berücksichtigung vogelschutzrechtlicher Belange bestätigt.

Die Betreiberfirma 50 Hertz plant jetzt in einem Ergänzungsverfahren, den artenspezifischen Nachweis zu liefern, daß durch die geplante 380kV-Freileitung die Vögel in den betroffenen europäischen Schutzgebieten nicht erheblich beeinträchtigt werden. Ein Vorhaben, das von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Narrenwerk!

Die Lösung des Konflikts muß auf einem anderen Weg gesucht werden!

Deshalb haben nach der Verkündung des Urteils des BVerwG am 21.1.2016 die betroffenen Städte Angermünde und Eberswalde, die Ämter Biesenthal-Barnim und Joachimsthal, die Gemeinden Landin und Chorin sowie der NABU-Brandenburg gemeinsam mit der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat« eine Resolution verabschiedet, die nach der Bekanntmachung der schriftlichen Urteilsbegründung (24.4.2016) am 27.4.2016 im Wirtschaftsministerium überreicht wurde.

In dieser Resolution appellieren die Unterzeichner an den Ministerpräsidenten, sich um die Aufnahme der »Uckermarkleitung« in den Katalog der Pilotprojekte zur Erdverkabelung im Zuge einer Novellierung des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) zu bemühen, um eine teilweise Erdverkabelung der Leitung in sensiblen Wohn- und Schutzgebieten zu erleichtern. Ferner wurde an den Ministerpräsidenten appelliert, sich moderierend in die Konflikt einzuschalten.

Die Landesregierung hat inzwischen durch den Abteilungsleiter Netze und Speicher des brandenburgischen Wirtschaftsministeriums, Schlegl, erklären lassen, daß man keine Er-



Foto: Hartmut Lindner

folgsaussichten für eine Initiative Brandenburgs im Sinne der Resolution sehe (Schreiben vom 22.7.2016). Diese negative Einschätzung wird mit sinnentstellend gekürzten Zitaten aus der Gesetzesbegründung in der Bundestagsdrucksache 18/4655 »begründet«. Ein skandalöser Vorgang.

Bei der jüngsten Novellierung des EnLAG im Dezember 2015 wurde der Kriterienkatalog für die Pilotprojekte gerade für »in der praktischen Planung aufgetretenen Problemfälle« und Fälle, »in denen eine Freileitung gegen bestimmte Belange des Naturschutzes nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ... verstößen« erweitert. Diese Passagen hat die Landesregierung in Ihren Stellungnahmen unterdrückt.

Diese tendenziöse und irreführende Darstellung der Gesetzesbegründung durch den Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums zerstört die Vertrauensgrundlage, die die Basis jeder sinnvollen Kommunikation ist. Deshalb hat die Bürgerinitiative an den Ministerialdirigenten Dr. Freytag appelliert, einen anderen Gesprächspartner aus dem Wirtschaftsministerium zu benennen.

In ihrer Antwort auf zwei Kleine Anfragen der Mitglieder des Landtags, Margitta Mächtigt (Nr. 1925) und Axel Vogel (Nr. 2006), hat die Landesregierung abermals selektiv und tendenziös aus der BT 18/4655 zitiert und damit ihre Untätigkeit in Sachen Novellierung des EnLAG bemäntelt. Ein unerhörter Vorgang (siehe: Landtag Brandenburg: Drucksache 6/4865 und 6/4828).

Statt der in der Resolution geforderten Einrichtung eines Runden Tisches kündigt die Landesregierung Vor-Ort-Gespräche an. Damit wird das Anliegen der Unterzeichner entstellt.

Die Brandenburger Landesregierung sollte ihre bisherige Haltung in dem Konflikt überdenken. Der Schulterschluß von Landesregierung und Genehmigungsbehörde mit 50 Hertz hat nur dazu geführt, daß ein rechtswidriger Planfeststellungsbeschluß ergangen ist, der vor dem Bundesverwaltungsgericht gescheitert ist.

Deshalb sagen wir: Umdenken – umschwenken! Nicht über unsere Köpfe! Keine 380kV-Freileitung in Wohn- und Schutzgebieten!

HARTMUT LINDNER, BI Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durch Reservat!

Wandertips

von BERND MÜLLER

Der Zauberbaum am Sparrenbusch

Sonntag, 9. Oktober: Spaziergang mit Sagen, Geschichten und Geschichte vom Plateau am Sparrenbusch (1,5 km)

Der Vereinsvorsitzende Bernd Müller des Vereins die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. führt über das Plateau. Etappen: Traumzauberbaum, Gedenkstein, russische Sauna, Karpfenteich, Bunker, Schwimmbad, Dornröschenschloß. Kaffee und Kuchen am Ende der Führung.

Treff: 14 Uhr NaturFreunde, Danckelmannstr. 28, Bad Freienwalde, Gebühren: 2 €, ermäßigt 1 €.

Auf und am Werbellinsee

Sonntag, 16. Oktober: Dampferfahrt und Wanderung Werbellinsee (7km)

Mit dem Motorschiff (3 Euro) geht es um 13.15 Uhr von Altenhof nach Wildau. Nach der Ankunft um 13.40 Uhr beginnt eine gemütliche 2-Stunden-Wanderung durch herrliche Natur am Südufer des Werbellinsees am Askanierturm vorbei (evtl. mit einem Bad im See) zurück nach Altenhof.

Kaffee und Kuchen gibt es auf der Badewiese. Festes Schuhwerk erforderlich! Tourleiter ist Hartmut Lindner.!

Treff: 13 Uhr, Anleger Reederei Wiedenhöft, Am See, 16244 Schorfheide / OT Altenhof

Weltnaturerbe Grumsiner Forst

Sonntag, 23. Oktober: Wanderung durch den Grumsiner Forst (Schutzzone 1 des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin)

Dr. Michael Luthardt (Forstwissenschaftler und Leiter des Kompetenzzentrum Forst Eberswalde) führt durch den wunderbaren Buchenwald und die Eiszeitlandschaft des Grumsiner Forsts, welcher als UNESCO-Weltnaturerbe anerkannt wurde. Die Wanderung mit Erläuterungen (ca. 6-8 km) wird ca. 3 Stunden dauern. Festes Schuhwerk wird dringend empfohlen. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt. Besuch des Ateliers Louisenhof ist eingepplant. Treff: 13.30 Uhr, Informationszentrum an der Kirche, Altkünkendorfer Straße 19, 16278 Angermünde, Ortsteil Altkünkendorf, maximal 30 Teilnehmer. Gebühren: 4 Euro, ermäßigt 2 Euro.

Anna Liebenwald und die Brandfichte

Montag, 31. Oktober: Halloweenwanderung

Ein kleiner Nacht-Spaziergang mit Lichtern und Geschichten über Samhein oder wie es heute heißt Halloween.

Treff: 16.30 Uhr, Bushaltestelle Waldstadt, am Sparrenbusch/Ecke Danckelmannstraße 2, 16259 Bad Freienwalde, Gebühren: 2 Euro, ermäßigt 1 Euro.

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Interkulturelle Wochen

DIENSTAG, 4. OKTOBER, 15 UHR
 Begegnungsnachmittag und Ausstellungseröffnung »25 Jahre Deutsche Einheit«. Eine Ausstellung in arabischer Sprache. Ort: Übergangswohnheim Bernau II, Lanker Straße 26, Bernau
 DONNERSTAG, 6. OKTOBER, 9 - 15.30 UHR
 Workshop zur Interkulturellen Öffnung für Auszubildende des Landkreises, der Stadt Eberswalde und der Stadt Bernau bei Berlin. Ort: Afrikanischer Kulturverein »Palanca« e.V. Coppistraße 1 - 3, Eberswalde
 SONNTAG, 9. OKTOBER, 14 - 17 UHR
 Internationaler Gottesdienst mit anschließendem Fest der Begegnungen. Alle Interessierten sind herzlich willkommen. Ort: Evangelisches Gemeindezentrum »Dietrich-Bonhoeffer-Haus« Potsdamer Allee 35, Eberswalde
 DONNERSTAG, 13. OKTOBER, 9.30 - 19 UHR
 Abschlussveranstaltung zur Interkulturellen Woche 2016. Zukunftsdialog der Koordinierungsstelle »Tolerantes Brandenburg« mit anschließender Danksagung für Ehrenamtliche im Landkreis. Ort: Bildungseinrichtung Buckow e.V. Lichterfelde, Ortsteil Buckow

»Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt.«

Genau wie im letzten Jahr gehen wir mit diesem Motto in die diesjährige Interkulturelle Woche, die bundesweit vom 25. September bis in den Oktober begangen wird. Die knappen Worte fassen die Erfahrungen von gelingender Begegnung und wachsendem Verständnis zusammen, die es heute mehr denn je zu bewahren gilt.

Der sehr große Zuzug von Flüchtlingen im vergangenen Jahr konnte nur durch die Bereitschaft der vielen Ehrenamtlichen einigermaßen gemeistert werden, auch bei uns im Barnim. Ein positiver Effekt ist, daß sich teilweise einheimische Menschen erst durch dieses gemeinsame Engagement kennenlernten, die ansonsten nur nebeneinander gelebt haben. Ein neues Miteinander konnte entstehen.

Aber es gibt auch die anderen, die Front machen und vor Verleumdungen und Verdrehungen nicht zurückschrecken und sich zumindest als geistige Brandstifter betätigen. Und da gibt es auch die dunkle Seite der Islamisten, die vor Terror nicht zurückschrecken. Uns allen muß klar sein, daß die meisten Flüchtlinge davor und vor kriegerischen Auseinandersetzungen fliehen, weil sie sonst zu Opfern werden.

Die Interkulturelle Woche ist von der Erkenntnis geprägt, daß es immer wieder besondere Räume und Zeiten braucht, um zu entdecken, was Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft verbindet und dabei zugleich die Unterschiede nicht nur als trennend, sondern auch als Bereicherung zu feiern.

Bereits zum 25. Mal beteiligen wir uns im Landkreis Barnim mit den verschiedensten Aktionen und Veranstaltungen an dieser Woche, die vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuß in Frankfurt/Main initiiert und inhaltlich begleitet wird.

MARIETA BÖTTGER,
 Beauftragte für Integration

Eröffnungsfest der Kita »Morgenglanz«

Waldorf-Kita wurde nun doch in den Bedarfsplan des Landkreises aufgenommen



Foto: ALBRECHT TRILLER

Eberswalde (bbp). Am 31. August erfolgte die Abnahme der umgebauten Räumlichkeiten für die neue Kita des Waldorfpädagogik Barnim e.V. im einstigen Schulgebäude in der Biesenthaler Straße. Die Bearbeitung der Betriebserlaubnis durch die zuständigen Behörden dauerte dann noch anderthalb Wochen, weshalb die ursprünglich für den 5. September geplante Eröffnung der Kita »Morgenglanz« verschoben werden mußte (BBP 9/2016).

Inzwischen konnte Lucia-Maria Masini vom Waldorfpädagogikverein Entwarnung geben: »Am 12. September«, teilte sie mit, »sind die ersten Kinder in den neuen Kindergarten eingezogen. Still und feierlich. Ein offizielles Eröffnungsfest ist für den 8. Oktober geplant.« Beginn ist um 14.30 Uhr. Ihren besonderen Dank richtete sie an die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Grüne und Alternatives Wählerbündnis Eberswalde, daß sie sich so engagiert für die neue Kita eingesetzt hatten.

Lucia-Maria Masini informierte, daß es inzwischen doch noch mit der Aufnahme in den Kita-Bedarfsplan des Landkreises geklappt habe. Eine entsprechende Entscheidung faßte

der Jugendhilfeausschuß auf seiner Sitzung am 14. September. Damit stehen der Kita die städtischen Zuschüsse, über die im ersten Halbjahr in der Stadtverordnetenversammlung so heftig gestritten wurde, per Gesetz zu.

Auf Nachfrage bestätigte Sozialdezernentin Sylvia Ulonska, daß es sich bei dem sogenannten »Wartejahr« lediglich um eine »hausinterne Regelung handelte, die so keiner rechtlichen Grundlage entspricht«. Margitta Mächtig von der Fraktion Die Linke sagte, daß die Verwaltung sich hier eine Kontrollfunktion geschaffen hatte, die ihr so nicht zusteht.

»Für uns ist es eine große Freude«, so Lucia-Maria Masini, »bestätigt zu bekommen, daß wir zu keiner Zeit 'zu viel' verlangt haben, sondern nur unser Recht eingefordert haben. Es war schade, daß einige Stadtverordnete dieses Unrecht mit dem Wartejahr nicht erkannt haben und in der StVv dementsprechend entschieden wurde.

Es freut uns aber nun umso mehr, daß unser Projekt nicht daran gescheitert ist, und nach einem langen Weg endlich ein Umdenken beim Landkreis stattgefunden hat! Das ist ein Riesenerfolg für uns, worauf wir sehr stolz sind.«

Bernau braucht ein neues Rathaus

Die Bernauer Linksfraktion steht weiterhin zum Rathaus-Neubau. Das teilte die Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung am 28. September mit.

»Auch wir waren entsetzt, als wir von der massiven Kostensteigerung beim Neuen Rathaus erfahren haben. Der noch unter Hubert Handke durchgeführte zweite Wettbewerb ging von deutlich zu geringen Baukosten aus. Das rächt sich nun, darf aber nicht dazu führen, das Neubau-Projekt in Frage zu stellen«, kommentiert Dr. Dagmar Enkelmann die Diskussionen zum Rathaus-Bau.

Die Vorsitzende der Linksfraktion betonte, daß Bernau ein neues Rathaus brauche. Die Arbeitsbedingungen der Verwaltung in den en-

gen Räumlichkeiten und an den vielen Standorten müßten dringend verbessert werden, so Enkelmann. Auch für die Bürgerinnen und Bürger Bernaus sei ein gebündelter Verwaltungsstandort vorteilhaft.

»Wir sind noch im Bereich der Vorplanung. Die Verwaltung informiert transparent über die Zwischenschritte. Die nunmehr vorliegenden Mehrkosten müssen genau unter die Lupe genommen werden. Das betrifft nicht nur den zu geringen Kostenansatz im damaligen Wettbewerb, sondern auch die Baukostensteigerungen und die konkrete Ausgestaltung der Planung. Diese Prüfung sollten wir als Stadtverordnete ganz sachlich und ohne Schaum vom Mund angehen«, empfiehlt die Linkspolitikerin.

CHRISTIAN REHMER

Altanschießerbeiträge:

Bernau stellt Schadensersatzanspruch

Die Stadtverordnetenversammlung Bernau hat auf ihrer Septembersitzung auf Antrag der zu BVB/FREIE WÄHLER gehörenden Unabhängigen Fraktion Bernau beschlossen, Schadensersatzansprüche gegen das Land Brandenburg aufgrund der verfassungswidrigen Altanschießerbeitragerhebung anzumelden.

Der Antrag sieht vor, daß die Stadt bzw. der von ihr dominierte Abwasserzweckverband bis 31.10.2016 einen Schadensersatzanspruch beim Land für jene Kosten, die durch Erhebung und Rückabwicklung der erzwungenen Beitragerhebung entstanden sind, anmeldet. Damit soll juristisch sichergestellt werden, daß der Verband, in dem gut 30 Millionen Euro verfassungswidrig vereinnahmt worden sind und nahezu jeder Haushalt Widerspruch eingelegt hat, seine Rechte gegenüber dem Land

wahrt. Denn – so die mehrheitliche Meinung der Stadtverordneten – der Landesregierung ist in dieser Frage angesichts der zahlreichen Hinhalte- und Verzögerungstaktiken nicht zu trauen. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen der letzten Monate stimmte eine breite Mehrheit – einschließlich des linken Bürgermeisters – für die Vorlage, die nun den Druck aufs Land deutlich erhöhen soll.

Nach Auffassung der Unabhängigen Fraktion und BVB/FREIE WÄHLER ist der sozial rücksichtslose Umgang des Innenministers mit zigtausenden Haushalten nicht mehr haltbar. Wir hoffen, daß der Bernauer Antrag weiteren Verbänden Rückenwind in der Geltendmachung ihres Schadens gibt.

PÉTER VIDA,

Unabhängige Fraktion in der StVV Bernau

Umfrage zum Landschaftsbild im Barnim

Eberswalde (prest-bar). Im Rahmen des Projektes »Anpass.BAR – Barnim im Wandel« soll für den Barnim ein neuer Landschaftsrahmenplan entstehen. Dazu geht man in der Kreisverwaltung neue Wege und bindet mit Unterstützung der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) die Barnimer Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse ein.

Die Barnimer können sich dabei in verschiedenen Workshops einbringen oder an einer Umfrage teilnehmen. In Letzterer soll vor allem das Landschaftsbild beurteilt werden.

»Da insbesondere die Schönheit eines Landschaftsbildes nur schwer objektiv zu ermitteln ist, sollen repräsentative Landschaftsbilder miteinander

der verglichen und bewertet werden«, erklärt Johann Luttmann, der im Rahmen des Projektes für die Umfrage zuständig ist und die Ergebnisse auch für seine Masterarbeit verwenden will. »Durch die Befragung erhoffen wir uns Hinweise darauf, welche Landschaften für die Menschen in der Region als besonders wertvoll gelten und wo verbessernde Maßnahmen durchgeführt werden sollten.«

Die 27 Landschaftsbilder sollen beispielhaft die typischen Landschaftsbilder des Landkreises darstellen. Der Link zur Online-Befragung: www.umfrageonline.com/s/lkbarnim. Weitere Informationen zum Projekt »Anpass.BAR«: www.natuerlich-barnim.de.

Bürgerworkshop zum Landschaftsrahmenplan in Ahrensfelde:

Kommunalpolitiker hatten kein Interesse

Es ist schlicht peinlich, daß nur elf Frauen und Männer am 6. September dem öffentlichen Aufruf zur Diskussion um die Landschaftsentwicklung und Landschaftspflege im Barnim/Gemeinde Ahrensfelde gefolgt sind. Daß die Veranstaltung letztlich überhaupt stattfinden konnte, ist der Teilnahme von mehreren Mitgliedern der Ahrensfelder Wählergruppe der Unabhängigen zu verdanken.

Beschämend ist, daß von den Fraktionen in der Gemeindevertretung kein Vertreter anwesend war. Besser kann die Wertschätzung von Natur und Landschaft durch die Gemeindevertretung nicht demonstriert werden.

Kein Wunder, daß genau diese Gemeindevertretung und allen voran die Verwaltung – ohne große Bedenken Ackerland zu Bauland werden läßt.

– großzügig zu Gunsten von Bauinvestoren auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder entsprechende Zahlungen bei Eingriffen in die Landschaft verzichtet.

– kein Interesse an der Ausweisung von Gemeindegut bzw. zum Ankauf von Flächen für Ersatzmaßnahmen zeigt.

– einen Etat zur Landschaftspflege im Haushalt ablehnt.

– die Schaffung eines Naturlehrpfades am Lake-See in Mehrow abgelehnt hat.

– seit Jahren kein Interesse für die Umsetzung der von Studenten der Hochschule Eberswalde in Zusammenarbeit mit Mehrow 21 erarbeiteten konkreten Vorstellungen zur Landschaftspflege zeigt.

Diese Gemeinde hat in den letzten 25 Jahren im Natur- und Umweltschutz bei vorhandenem Landschaftspotential vollkommen versagt, sich um ein größeres Naturschutzgebiet zu bemühen.

Was will man bei dieser »Vorbildwirkung« an Engagement der Bevölkerung für die Landschaftsentwicklung und Landschaftspflege denn erwarten?

Dr. WOLFGANG UNGER

Hitlers Dienstleister

Eberswalde (prest-bar). »...zum Schutz von Volk und Staat« ist eine Ausstellung überschrieben, die derzeit im Barnimer Kreisarchiv (Carl-von-Linde-Str. 8, TGE, Eberswalde) zu besichtigen ist. Darin wird vor allem die Rolle regionaler und lokaler Behörden im Dienst der Nazis beleuchtet. »Es ist erschreckend zu sehen, welche Mechanismen wirkten, um die Macht der Nazis zu stützen und auszubauen«, sagte Landrat Bodo Ihrke. »Vor allem in einer Zeit, in der radikales Denken sich wieder verbreitet, ist diese Ausstellung eine Mahnung.« Die um regionale Inhalte erweiterte Wanderausstellung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs beschäftigt sich mit der NS-Strafjustiz, die durch die Sondergerichte und das Kriegssonderstrafrecht wesentlich zur Unterdrückung und Verfolgung breiter Schichten der Bevölkerung beitrug. Anhand ausgewählter Dokumente zu Einzelschicksalen veranschaulicht sie die Mitwirkung und Verantwortung regionaler und lokaler Behörden in der damaligen Provinz Brandenburg.



Foto: OLIVER KÖHLER

Nach der »Machtergreifung« 1933 verhängten die Faschisten mit Hilfe von Notverordnungen den politischen Ausnahmezustand. Innerhalb weniger Wochen waren die Grundrechte der Weimarer Verfassung beseitigt und im Zuge der »Gleichschaltung« alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in die faschistische Verfolgungs- und Repressionspolitik eingebunden. In den folgenden Monaten rollten über die Provinz Brandenburg Terrorwellen, die sich vor allem gegen Mitglieder von KPD, SPD und der Gewerkschaften richteten. Nach und nach bezogen die Repressionsmaßnahmen alle aus politischen, weltanschaulichen, rassistischen oder anderen Gründen als Gegner wahrgenommenen Parteien, Gruppen und Personen ein.

In der Ausstellung werden für einige Opfergruppen beispielhaft dokumentarische Belege verschiedener Formen von Verfolgung im Alltagsleben gezeigt – von der Erfassung und Überwachung, über Ausgrenzung bis zur Bestrafung und Ermordung. Der Blick liegt dabei auf Personen aus dem politischen Widerstand sowie Opfern der faschistischen Rassenpolitik. Auf Menschen, die durch unangepaßtes Verhalten und »unspektakuläres Widerstehen« in das Netz der Verfolgung gerieten, weisen unter anderem prägnante Dokumente aus Strafverfahrensakten der faschistischen Justiz hin.

Zwei Tafeln beschäftigen sich mit dem Schicksal verfolgter Barnimer Bürger.

Störtebeker und die Kanalpiraten (Teil 1):

Die Störtebeker-Legende lebt weiter

von Dieter Kempfert

Als Kinder waren wir die »Kanalpiraten«. Doch die Zeit blieb nicht stehen! Eins, zwei, drei im Sauseschritt eilt die Zeit-wir eilen mit, sagte einst ein bekannter Literat. Keiner der damaligen Freunde konnte bei unserer Spielerei auf dem Finowkanal auch nur ahnen, daß es eines Tages für einige, darunter auch für mich, zu einer erneuten Begegnung mit der Störtebekerlegende kommen sollte.

Inzwischen selbst Familienvater, hatten wir uns, meine Frau und ich, um zwei Sprößlinge – Mädchen und Junge – zu kümmern. Wahrlich nicht ohne! Genauso wie ich damals als Bengel meinen Eltern alles andere als Langeweile zumutete!

Während uns die Arbeit und das abwechslungsreiche Familienleben in Trab hielt, bemühten wir uns permanent um den Erwerb eines vierrädrigen Fahruntersatzes, sprich: ein Auto. Zunächst erstanden wir auf dem Gebrauchtmarkt einen Moskwitsch, später einen Skoda. Nach über 13 Jahren Wartezeit gelang uns dann der »große Wurf«: Wir konnten einen richtigen Neuwagen beim IFA in Berlin in Empfang nehmen. Es war ein weißer Lada 1500-S. Für damalige Verhältnisse eine echte Augenweide! Neider und Orakelnde blieben nicht aus. Doch das gute Stück war redlich erworben, nach allen Regeln des sozialistischen Pkw-Handels und nicht infolge irgendwelcher Privilegien. Nun mußte natürlich gefahren werden. Fahren, fahren, fahren!

Da der Jahresurlaub bevorstand, entschieden wir uns für eine Rügenrundfahrt. Damals fuhr man noch über den Rügendamm, parallel zur Eisenbahn. Die Tour machte so richtig Spaß und wurde immer spannender.

Kreidelfelsen, Schaabe, Wieck, natürlich Kap Arkona, Altenkirchen und die Wittower Fähre. Übernachtet haben wir bei einem Bekannten in Wieck, der ein kleines Feriendorf betrieb und den ich vom Studium an der Uni Rostock her kannte. Später auch mal im Auto. Zwischendurch noch ein Abstecher zur Stubbenkammer. Von dort wanderten wir auf dem Uferweg bis Saßnitz. Hungrig und durstig und fast entmutigt der langen Wegstrecke wegen, kamen wir dort an. Jetzt langten wir erst mal bei den Fischbrötchen kräftig zu und brachten unseren Flüssigkeitshaushalt wieder auf den normalen Stand. Wir bestaunten den Fährbetrieb nach Dänemark und auch die großen »Pötte«, die nach Klaipėda schipperten. Diese Schifffahrtslinie mußte dem Vernehmen nach eingerichtet werden, um Plünderungen der Eisenbahntransporte in die Sowjetunion über polnisches Territorium auszuschalten. So hieß es damals hinter vorgehaltener Hand.

Wir waren schon auf der Rücktour, als uns ein großer Werbeaufsteller am Straßenrand ins Auge fiel. Vom Zahn der Zeit bereits angenagt. Eine großformatige Werbung lenkte unsere Aufmerksamkeit auf Ralswiek am Jasmunder Bodden. Dort gab es »Störtebekerfestspiele«. Das löste bei mir – wen wundert's – sofort Assoziationen aus der Kindheit aus.



FOTO: GERO MARRMANN

Da mußten wir unbedingt hin. Das war möglicherweise das krönende Erlebnis unserer Rügentour! Also bog ich, wie ausgewiesen, rechter Hand in Richtung Ralswiek ab. Eine schmale Chaussee führte durch ein dichtes Waldstück. Als der Wald zu Ende war, mündete der »Klaus-Störtebeker-Weg« in flache Wiesen. Hinter einem stachligen Schilfgürtel berührt sich das dunkle Blau des Boddens mit dem helleren Blau des Himmels. Der Weg erreicht das Dörfchen Ralswiek und wird zur Straße. Sie ist blankgeputzt, wie die Dielen einer guten Stube wenn Gäste erwartet werden.

Doch dann eine herbe Enttäuschung, alles wirkte wie ausgestorben. Gab es etwa keine Vorstellung mehr? Und tatsächlich, die Festspiel-Saison war vorbei! Notgedrungen mußten wir unseren Besuch auf später verschieben, bis sich hier wieder was drehte.

Wieder zu Hause angelangt, beschäftigte uns das Störtebeker-Spektakel erneut, kehrte immer wieder in unsere Gedankenwelt zurück. Fragen über Fragen tauchten auf. Wer hatte die Idee gehabt und wie nahm sie Gestalt an? Mehr und mehr angeregt, machten wir uns mit einigen Voraussetzungen vertraut.

Dabei stießen wir auf interessante Details. Bereits 1959 wurden in Ralswiek im Zuge eines zentralen Beschlusses die »Rügenfestspiele« ins Leben gerufen und die Naturbühne Ralswiek angelegt. Der Platz für die damaligen Rügenfestspiele wurde im Frühjahr 1959 zwischen dem Schloß Ralswiek und dem Boddenufer gefunden, die Naturbühne in fünfmonatiger Bauzeit errichtet und das Dorf zum Festspielort gestaltet. Von nah und fern, so wird berichtet, trafen damals zahlreiche Helfer ein. Aus dem gesamten Rügenkreis kamen Lastkraftwagen

voll Männer und Frauen mit geschulterten Spaten. Ein Weg zum Festplatz wurde durch den Wald geschlagen. Parkplätze für Busse und Pkw wurden geebnet und auch die Einwohner von Ralswiek griffen zu Farbtopf und Pinsel – kein Haus behielt sein altes gewöhnliches Grau. Schließlich war es soweit! Das Spiel konnte beginnen.

Von 1959 bis 1961 und 1980 bis 1981 wurde die dramatische Ballade »Klaus Störtebeker« von Kurt Bartel (auch bekannt als KuBa) unter Leitung von H. A. Perten, später Intendant des »Rostocker Volkstheaters« mit ca. 1000 Mitwirkenden aufgeführt. In diesen fünf Sommern zählte man 670.000 Besucher.

Erst nach der Wende gingen die Festspiele wieder so richtig los und finden seit 1993 in jedem Jahr von Ende Juni bis Anfang September auf dem angestammten Areal am Großen Jasmunder Bodden statt.

Besagte Festspiele sind inzwischen Deutschlands erfolgreichstes Open-Air-Theater. Von da an zählten wir regelmäßig in jedem Jahr zu den Besuchern. Die ohnehin prickelnde Szenerie wird noch durch eine Attraktion bereichert. Vorführungen eines Falkners gewähren interessante und spannende Einblicke in die Welt der Beizjagd. Mit einem imposanten Greifvogel, einem Weißkopfadler und Falken können kühne Luftmanöver beobachtet werden.

Im Gegensatz zu früher wird seit 1993 die Seeräuberlegende »Störtebeker« jeweils über einen Zeitraum von 4-6 Jahren verteilt. Ein Zyklus nannte sich »In Henkers Hand«, ein anderer »Störtebekers Tod« u.a., allesamt von uns miterlebt.

So wurde Ralswiek zum »Mekka« für die Störtebekerfans.

Nicht gebraucht und falsch geplant

Eberswalde (bbp). Wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich der sogenannten Ortsumfahrung »B167neu«? Um diese und weitere Fragen ging es am 7. September bei einem Treffen verschiedener Initiativen (NABU Barnim, BI »Nein zur B167« Clara-Zetkin-Siedlung, B.U.N.D. Brandenburg, Alnus e.V., Bündnis 90/Grüne Barnim).

Für den 1. Bauabschnitt (Nordtangente) läuft das Planfeststellungsverfahren. Ende 2017 soll die Erörterung der über 400 Einwendungen stattfinden. Der Planfeststellungsbeschluß wird für 2019 erwartet, was einen Baubeginn im Jahr 2020 möglich machen würde. Beim 2. Bauabschnitt (Osttangente) wurde bisher lediglich die Linie bestimmt. Im Frühjahr 2016 gab es Vermessungen und faunistische Untersuchungen. Aussagen zur weiteren Planung gibt es nicht. Laut Informationen des Landesbetriebs Straßenwesen stehen noch Untersuchungen zum Bodengrund, Muniton und ähnliches an.

Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP), auf den sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke in seiner kürzlich veröffentlichten Erklärung bezieht (BBP 9/2016) wurde im August vom Bundeskabinett beschlossen. Derzeit kann der Bundesrat Stellung beziehen bevor vom 24. bis 26. Oktober 2016 der Verkehrsausschuß des Bundestages darüber berät. Danach wird der BVWP vom Bundestag beschlossen.

Bei diesem Beschluß handelt es sich lediglich um eine Bedarfsfeststellung. Bundesmittel werden davon unabhängig nach Verfügbarkeit an die Einzelprojekte vergeben. Dabei werden Projekte mit hohem Nutzen-Kosten-Wert voraussichtlich prioritär gebaut und finanziert. Bis zum eigentlich Baustart müssen die einzelnen Projekte weitere Hürden nehmen. Zunächst hat der B.U.N.D. eine EU-Beschwerde gegen den Kabinettsbeschluß des BVWP eingereicht, an der man sich noch beteiligen kann. Allerdings werden die Erfolgsaussichten selbst vom B.U.N.D. als eher gering eingeschätzt.

Das Projekt »B167 Ortsumfahrung Eberswalde/Finowfurt« ist im BVWP als Projekt mit vordringlichem Bedarf enthalten, vor allem wegen dem festgestellten Nutzen-Kosten-Verhältnis von 10,0. Trotz der hohen Priorität kann nur gebaut werden, wenn zum Planfeststellungsbeschluß 2019 auch Gelder vom Bund bereitgestellt werden können. Das gilt auch später, etwa 2024/25, für den 2. Bauabschnitt.

Der Bau der B167 OU EW ist von vielen weiteren Faktoren abhängig, dazu zählen auch regionale Interessen und private Förderer. Und

auch das Umweltministerium hat ein Wortchen mitzureden. Dieses hat die B167 als eines von 41 Straßenbauprojekten identifiziert, die wegen zu hohen Flächenverbrauchs und starker Umweltwirkung gestrichen werden sollten. Hinzu kommt, daß der angegebene hohe Nutzen-Kosten-Wert von 10,0 auf vielen ungeprüften, teils unbekanntenen Daten beruht und somit angreifbar ist.

Innerhalb der Stadt Eberswalde gibt es ein starkes Interesse seitens der Verwaltung und der Mehrheit der Stadtverordneten am Bau der als Ortsumgehung angepriesenen Schnellstraße. Tatsächlicher Vorteil wäre die Anbindung der Gewerbegebiete entlang des Oder-Havel-Kanals. Dies würde mit dem 1. Bauabschnitt erfüllt werden. Wird nur der erste Teil gebaut, müßte allerdings eine Landesstraße zur Bundesstraße umgewidmet werden, weil Bundesstraßen immer an eine Bundesstraße oder Autobahn anschließen müssen.

Als Stadtumfahrung wird die B167neu nicht gebraucht und als Stadtanbindung ist sie falsch geplant. Die B167neu ist vielmehr Teil eines größeren, überregionalen Konzeptes der Straßenbaubehörden. Als Teil eines äußeren »Berliner Rings« soll sie Neuruppin mit Frankfurt/O. verbinden, ursprünglich vor allem für Schwerlasttransporte in Richtung Polen.

Eberswalde als Stadt spielt für die Planung kaum eine Rolle. Die Vorteile für Eberswalde wie die Erschließung der Gewerbegebiete und die Innenstadtanbindung an die Autobahn sind nur Nebeneffekte. Diese werden als nützliche Zusatzargumente für den Bau genutzt. Nicht erwähnt wird dabei, daß mit der Verlagerung der B167 die Unterhaltung der alten Trasse innerhalb von Eberswalde dann in die Verantwortung der Stadt fallen würde.

Obwohl die Stadt Eberswalde selbst nur einen geringen Einfluß auf Planung und Bau der B167neu hat, steht man dem Ganzen eher positiv gegenüber, was auch das öffentliche Meinungsbild bestimmt. Auf dem Treffen ging es daher auch darum, wie der nach wie vor existente Widerstand gegen die B167neu organisiert und wieder stärker in die Öffentlichkeit gerückt werden kann.

Nichtnachvollziehbarer Widerstand gegen Obus

In der Kommunalpolitik erlebt man immer wieder Überraschungen. Daß Menschen ernsthaft meinen, durch einen Bus, der ohne Abgase und sehr leise durch eine Tempo 30-Zone rollt, sinke die Wohnqualität, ist schon sehr überraschend und wirklich schwer nachvollziehbar. Eigentlich sollte man denken, die Führung einer Buslinie durch ein Wohngebiet, vorbei an einem großen Schulkomplex anstatt

entlang einer unbewohnten Ausfallstraße ist so selbstverständlich, daß es keiner Diskussion bedarf. Aber offensichtlich spielen hier andere Beweggründe die entscheidende Rolle.

Dort sollten wir ansetzen, um den betroffenen Anliegern ihre Ängste zu nehmen. Fakt ist in jedem Fall, daß die Wohnlage durch eine gute ÖPNV-Anbindung aufgewertet wird.

KAREN OEHLER

Unterwegs mit der Waldjurte

Die NaturFreunde Eberswalde sind ein Verein, der seit 2013 Umweltbildungsprojekte veranstaltet mit dem Ziel, Kindern die Möglichkeit zu geben, draußen zu sein, die Natur zu entdecken und etwas über Pflanzen und Tiere zu lernen.

»Unterwegs mit der Waldjurte« findet vom 28. bis 30. Oktober statt und richtet sich an Kinder zwischen acht und zwölf Jahren. Das Projekt wird gefördert durch das Land Brandenburg und die »Aktion gesunde Umwelt«.

Eine Jurte ist ein großes Zelt aus Baumwolle, in dem man ein Lagerfeuer machen kann und das aus vielen einzelnen Stoffbahnen besteht, die beispielsweise zum Wandern auf verschiedene Gruppenmitglieder aufgeteilt werden können. Mit 25 Kindern wollen die NaturFreunde in den Wald ziehen, über dem Lagerfeuer kochen, sich Geschichten erzählen, gemeinsam Lieder singen und den Wald erkunden. Natürlich dürfen Spiele, kleine und große Abenteuer, sowie Feuersteine und Spurensuchen auch nicht fehlen.

ANNABELLE SCHMITZ
NaturFreunde Eberswalde

Mehr Informationen über die Aktion gibt es auf der Facebook-Seite der NaturFreunde ([facebook.com/NaturFreundeEberswalde](https://www.facebook.com/NaturFreundeEberswalde)).

Anmeldung und Fragen zu dem Projekt an avid.winger@hnee.de.

Wegebau im Stadtwald

Eberswalde (prest-ew). Die zwei Wege »Alte Heegermühler Straße« und »Weg nach Polenzwerder« werden im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes für die Feuerwehr und den Rettungsdienst ausgebaut.

Diese Infrastrukturmaßnahme wird entsprechend der Förderrichtlinie EU-MLUL-Forst-RL umgesetzt und zu 100 Prozent gefördert. Die Kosten belaufen sich auf 80.920 Euro, Förderträger sind das Land Brandenburg und die Europäische Union. Den Ausbau der insgesamt 3,4 Kilometer langen Strecke wird die Firma Kiwi Road Waldwegbau GmbH aus Schönefeld durchführen.

Die Maßnahme ist nach Informationen des Eberswalder Stadtförsters Mattes Krüger mit der Biosphärenreservatsverwaltung Schorfheide-Chorin und der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim abgestimmt. Verwendet werden beim Waldwegausbau ausschließlich zertifizierte Natursteinmaterialien.

Der 1.482 Hektar große Stadtwald ist durch Waldwege erschlossen. Er liegt in der Waldbrandgefahrenklasse A und der Zustand der Wege ist laut Stadtförster Mattes Krüger verbesserungswürdig. Überwiegend sind die Waldwege im Stadtwald einfache Sandwege mit niedrigem Ausbaustandard. »Mit dieser Maßnahme beugen wir Waldschäden vor, verringern die Waldbrandgefährdung und verbessern insgesamt die Voraussetzungen zur Waldbrandbekämpfung«, betont der Stadtförster.

Vor Beginn der Kreistagsitzung standen fünf Bürger vor dem Eingang mit Schildern: »Achtung! Hier endet der demokratische Sektor.« Sie machten mit ihrem Auftritt deutlich, daß der Beschluß des Kreistages über die »Errichtung von Kreiswerken als Unternehmensverbund« ein rechtswidriger, intransparenter mit fehlender Gemeinwohlorientierung war. Einen Änderungsantrag des Haushalts- und Finanzausschusses auf Verzicht der Holdingstruktur hatte der Kreistag gar nicht erst behandelt. Nun sollte der Beschluß aufgehoben und eventuell neu in den Kreistag eingebracht werden. So die Forderung.

Dazu lag den Kreistagsabgeordneten ein offener Brief zweier Bürger vor, der jedoch von den Kreistagsabgeordneten ignoriert wurde. Statt die Rechtmäßigkeit zu prüfen, sah die Tagesordnung vor, mit der Umsetzung des Beschlusses zu beginnen, indem die Mitglieder für den Aufsichtsrat bestimmt werden.

In dieser Situation stehen also Bürger vor der Eingangstür und mahnen zur Wahrung der Demokratie mit ihren Schildern und mit Flugblättern, die sie an die Abgeordneten verteilen. Viele Abgeordnete kostete es schon Überwindung, die Bürger überhaupt zur Kenntnis und die Flugblätter entgegen zu nehmen. Landrat BODO IHRKE würdigte die Gruppe keines Blickes und ging einfach vorbei. Nur der ehemalige Sparkassendirektor JOSEPH KEIL ging auf die Gruppe zu. Schließlich war er der Initiator des im Juni vom Kreistag ignorierten Änderungsantrages, der die Vertagung des TOP und den Verzicht auf die Holdingstruktur beinhaltet hatte. Nun äußerte er sich gegenüber der Gruppe nur darüber, daß die Verwendung des Grenzschildes im geteilten Berlin im konkreten Falle nicht am Platze wäre. Der Vorsitzende des Kreistages, PROF. DR. ALFRED SCHULTZ nutzte die Gelegenheit, um sein völliges Unverständnis für den erwähnten Brief an die Kreistagsabgeordneten mitzuteilen. Der Brief entbehre jeder Grundlage.

Nach Aufruf des TOP Einwohnerfragestunde beeilte ich mich, schnell ans Mikro zu kommen, denn an diesem Tage waren ausnahmsweise viele Bürger auf der Empore. Die Fragen an den Vorsitzenden, den Landrat und eine an alle Abgeordneten betrafen die Rechtskonformität des Kreistagsbeschlusses zu den Kreiswerken. Professor Schultz erklärte, wie schon vor dem Eingang, daß er den Sitzungsablauf zur Beschlußfassung über die Kreiswerke nach wie vor für korrekt halte. Auch vom Innenministerium oder einer anderen Prüfstelle seien ihm keine Einwände bekannt. Landrat Ihrke erklärte, er werde mir nicht mehr auf die wiederholten Fragen antworten. Er beschränkte sich deshalb darauf, den Kreistagsabgeordneten nochmals seinen Standpunkt in dieser Sache zu sagen. Ihm war wichtig, auf zwei demokratische Grundsätze zu verweisen: die Rechtsstaatlichkeit und das Prinzip der Mehrheitsentscheidung. Beide Grundsätze seien eingehalten worden und deshalb habe der Kreistag keinen

Am Ende der Demokratie

Impressionen vom Barnimer Kreistag am 21. September

Am 21. September war der letzte Sommertag. Nach dem gefühlten Frühling der Demokratie Anfang der 90er Jahre in Ostdeutschland, hat nun auch die (bürgerliche) Demokratie ihren Zenit überschritten und der demokratische Herbst hat längst begonnen.

Handlungsbedarf. Die mit der Einwohnerfrage an die Kreistagsmitglieder gerichtete Frage, ob sie nunmehr erkannt hätten, daß der Beschluß rechtswidrig war, erfuhr keinerlei Reaktion. Auch die Erklärung des Landrats, er antworte mir nicht mehr, rief keinen Protest hervor. Hat der Landrat nun schon das Recht, bei Einwohnerfragen für sich zu entscheiden, wem er antwortet und wem nicht?

Als UTE FREY ebenfalls zur Rechtswidrigkeit des Kreiswerke-Beschlusses Fragen stellte, verstieg sich der Landrat zu der Äußerung, er höre aus ihrer Frage die Worte von Herrn Triller heraus. Er erntete prompten Protest. Ute Frey erklärte, daß sie von Anfang an im Bündnis für ein demokratisches Eberswalde mitarbeitete und viele Jahre als sachkundige Einwohnerin im städtischen Sozialausschuß mitwirkte. Sie könne also ihre Meinung sehr wohl selber sagen. Zu ihrer Frage, ob denn die Kreiswerke Barnim (KWB) Daseinsvorsorge für die Bürger oder für die Energieerzeuger tätig sein würden, erklärte Ihrke, gegen ihre Gefühle könne er nichts sagen, aber die Kreiswerke Barnim würden für die Bürger wirksam werden. In den Beschlußunterlagen findet sich eine solche Aussage allerdings nicht.

BERND POMRAENKE nahm die beabsichtigte Bestellung des Aufsichtsrates auf's Korn, und meinte, dies hätte Zeit, bis die Rechtskonformität des Beschlusses geprüft sei. Auch er hegte Zweifel, daß der Aufsichtsrat der KWB die Interessen der Bürger vertreten werde, weil seine Mitglieder auf das Wohl der Gesellschaft verpflichtet würden und gegenüber den Bürgern nicht rechenschaftspflichtig sind. Der Landrat sprach dagegen, daß nur zwei Leute meinten, der Kreistagsbeschluß wäre nicht rechtskonform. Es gebe nichts mehr zu prüfen, weil alles in Ordnung ist. Zur Rolle des Aufsichtsrates erklärte er, auch bei Unternehmen

in öffentlicher Hand zwingt der Wettbewerb zur Nichtöffentlichkeit der Arbeit der Gesellschaft. Aber der Aufsichtsrat sei rechenschaftspflichtig gegenüber dem Kreistag mit ganz wenigen Ausnahmen. Bernd Pomraenke erwiderte, er kenne die Arbeitsweise der kommunalen Gesellschaften, z.B. der städtischen Gesellschaften WHG und der TWE, und habe von daher auch seine Zweifel, daß der Aufsichtsrat der KWB im Bürgerinteresse tätig wird.

Nach fünf Fragen erklärte der Kreistagsvorsitzende die Einwohnerfragestunde für beendet, weil die vorgesehenen 30 Minuten um waren. Ein sechster Bürger stand schon am Mikro und bat, noch eine kurze Frage stellen zu dürfen. Das räumte der Vorsitzende noch ein und rief dann den nächsten TOP, die Abgeordnetenfragestunde auf, für die laut Geschäftsordnung ebenfalls 30 Minuten vorgesehen sind. Er teilte mit, daß keine schriftlichen Fragen der Abgeordneten vorliegen.

Dem Vorsitzenden wäre es also durchaus möglich gewesen, die Abgeordneten zu bitten, weitere Einwohnerfragen zuzulassen. Doch das lag ihm offensichtlich fern. Dabei waren ausnahmsweise viele Bürger zur KT-Sitzung gekommen. Darunter waren mindestens zwei, die noch zum Thema Kreiswerke fragen wollten.

In der Abgeordnetenfragestunde gab es dann noch eine mündliche Wortmeldung. Ein Abgeordneter stellte fest, daß die neue Stellungnahme der IHK zu den Kreiswerken noch nicht bekannt gemacht wurde. Dem Beschluß des KT zu den Kreiswerken lag eine Stellungnahme zugrunde, die inzwischen widerrufen worden war. Daraus ergebe sich erneuter Diskussionsbedarf, so der Abgeordnete. Nach kurzem Wortwechsel stellte der Vorsitzende fest, die IHK-Stellungnahme gehöre nicht zum Beschlußtext, sondern sei nur eine Anlage. Damit bügelte er die Feststellung ab, daß dem KT-Beschluß eine falsche Stellungnahme zugrunde läge.

Damit kam der Kreistag nun zur Feststellung der Tagesordnung. Peter Vida von der Fraktion BVB/Freie Wähler unternahm den schüchternen Versuch, die Benennung von Mitgliedern des Aufsichtsrates der Kreiswerke wegen »Unklarheiten« der Rechtskonformität des Kreistagsbeschlusses zu den Kreiswerken zunächst zurückzustellen. Aber damit hatte er bei den Kreistagsmitgliedern keine Chance und bei der Abstimmung über die Tagesordnung stimmten auch er und seine Fraktionskollegen nicht gegen die Tagesordnung.

Damit bestätigte der Kreistag letztlich die Feststellung der Demonstranten vorm Kreishaus: **Hier endet der demokratische Sektor.**

ALBRECHT TRILLER



Die Zeitenwendeweste

Als Mädchen habe ich gern genäht. Es gab 1956 wirklich nicht so schicke Sachen und das Geld fehlte in einem Haus mit vier Kindern.

Als ich 16 Jahre alt war, kaufte ich mir blau-geblühten Schürzenstoff. Modezeichnungen und Schnittmuster zu fertigen hatte ich gelernt. Ich nähte mir ein zweiteiliges Sommerkleid. Bluse und Rock, beides vorne zum Knöpfen. Der Rock hatte eine gekräuselte Stufe. Die Maßzeichnung habe ich noch. Taillenweite 70 Zentimeter. Herrgott, muß ich schlank gewesen sein! Es wurde ein hübsches Kleid und ich trug es bis zum Abitur und länger. Auch meine Tochter fing als Vierzehnjährige zu nähen an: Jacken aus Laken, Sommeranzüge aus kariertem Futterstoff. Die Metallknöpfe wurden eingepreßt mit einem Gerät oder einem Hammer.

Es machte Spaß, aber es ist vorbei. Sie näht nicht mehr und ich nähe nicht mehr. Es hatten sich viele Stoffreste in Kartons angesammelt und wurden in einem Schlafzimmerregal aufbewahrt. Da lag eine graue Hose aus elastischem Cordsamt – aus dem Exquisitladen. Sie paßte nicht mehr. Die Zeit hatte meine Figur verändert. Da lag ein brauner elastischer Rock. Er war elektrisch, aber angenehm zu tragen. Welche berufstätige Autofahrerin zog noch einen Rock zur Arbeit an? Dann lagen noch Futterstoffe in verschiedenen Farben herum.

Im Jahre 1988 war meine Gemütsverfassung nicht die Beste. Gesundheit und Arbeit harmonierten nicht mehr miteinander. Ich wechselte aus meiner Hausarztpraxis in die Tätigkeit des Ärztlichen Gutachters. Das war eine trockene Papierarbeit. Interessant, aber der direkte Kontakt zum Patienten fehlte mir.

Was tat ich nach Feierabend? Ich kramte in den Kartons, beschäftigte mich mit den Stoffresten, nähte einen Kissenbezug aus Cordresten und begann die etwas farblosen Stoffe der Cordhose und des braunen Rockes für eine Weste zuzuschneiden. Ich fühlte mich wie Aschenputtel: im Beruf abdelegiert, zwar zu guter Arbeit, aber durch meine Gewohnheit

empfang ich es wie eine aussäztige Tätigkeit. Ja! So eine blöde Weste wollte ich in der Freizeit anziehen! Die ersten Bahnen waren schnell zusammengenäht. Mit der »Veritas« aus Wittenberge. Sie hatte sechzehn Programme, Stickmuster und ein Knopfloch-Programm. Eine gute Nähmaschine. Tja – und dann kam die Wende.

Seit 1966 war ich als Ärztin tätig gewesen. Einmal habe ich mich beworben!!! »Wir wünschen Ihnen alles Gute im weiteren beruflichen Leben.« Also niederlassen. Praxis aufmachen. Kredit aufnehmen. Sohn krank. Tochter geht in den Westen. Schlechte Ehe. Die Aschenputtelweste wandert 1991 in den Fellhocker. Klapp zu.

Meine klitzekleine Praxis brachte mir wieder neue Patientenkontakte. Bekannte Gesichter, neue Gesichter. Neue Behandlungsmöglichkeiten. Neue, leichtere Materialien, neue Labormethoden, ein EKG-Gerät!! Neue Krankenkassen, neue Banken, Steuerberater und Pharmavertreter!

Eines Tages kaufte ich eine neue Nähmaschine, eine schwedische Husquarna. Warum eigentlich? Ja, die Weste! Aber sie mußte warten. 2001 ist sie mit mir umgezogen in eine neue Wohnung. Alles braucht seine Zeit. Vieles habe ich jetzt als Rentnerin getan, was ich mir lange gewünscht hatte. Verreisen nach Hiddensee und nach Heviz in Ungarn. Endlich konnte ich mit dem Malen beginnen, die Kinder besuchen, Oma sein für die Enkelkinder.

Die Weste mußte auf gute Nerven warten. Jetzt waren sie da. Die jüngste Zeit brachte mir die Ausgeglichenheit, um die Weste zu vollenden. So viele Erinnerungen stecken in der braunen, blauen und beigefarbenen Weste mit vier verschiedenen Knöpfen.

Es ist eine Zeitenwendeweste. Sie hält warm und führt in meine Vergangenheit zurück. Meine Weste werde ich beim Malen, bei der Gartenarbeit und anderen erfreulichen Hobbys tragen. Sie ist wie eine zweite Haut.

WALTRAUD VOIGT

Workshop für ehrenamtliche Sprachlehrer

Eberswalde (prest-bar). Das Erlernen der deutschen Sprache ist die wichtigste Grundlage, um Zugewanderten das Ankommen in Deutschland zu erleichtern. Im Barnim gibt es dafür eine breite Angebotspalette, die von ehrenamtlichen Patenschaften über Sprachkurse der Kreisvolkshochschule (KVHS) bis hin zum Angebot von Integrationskursen reicht.

Das aktuelle Fortbildungsangebot der KVHS richtet sich an alle, die ehrenamtlich Deutsch für internationale Gruppen unterrichten und wenig Erfahrung in der Rolle als Kursleitende haben, aber auch an professionelle Deutschlehrerinnen und -lehrer, die ihre Erfahrungen systematisieren und austauschen wollen. Im Workshop sollen die Teilnehmen-

den einen ersten Einblick in die Grundlagen der Fremdsprachendidaktik gewinnen. Sie lernen Methoden sowie praktische Übungen kennen und probieren einige selbst aus. Die Teilnehmenden können sich außerdem über ihre bisherigen Erfahrungen austauschen.

Schwerpunkte sind die Grundlagen der Fremdsprachendidaktik, lernzentrierter Unterricht, Wortschatzarbeit, Sprechen und Schreiben im Unterricht sowie Methoden, Übungen und Sprachspiele.

Die kostenfreie Veranstaltung findet am Sonnabend, 15. Oktober, von 10 bis 16.30 Uhr in der Regionalstelle Eberswalde der KVHS Barnim, Fritz-Weineck-Straße 36 (Gymnasium Finow) statt.

Ein paar Worte

Die großangekündigte AfD-Show mit Frauke Petri lockte am 19. September rund 600 meist ältere Menschen in die Eberswalder Hufeisenfabrik. Dabei ein Polizeiaufgebot vom Feinsten. Auch eine Gegendemo war angemeldet. Bei dieser versammelten sich in großer Zahl Studenten der HNEE mit dem Spruch »Wir wollen keine Nazischweine« sowie einige Parteienvertreter von DIE LINKE, SPD und DKP. Die Polizei hatte die Gegendemonstrationen, die lautstark ihren Unmut gegen das AfD-Spektakel zelebrierten, gut unter Kontrolle.

Allerdings ging die Zeit ins Land – und die Petri kam nicht. Die hoch motivierten Anhänger wurden durch drittklassige Sprücheklopfer hingehalten. Mancher, der sich unter die Zuhörer gemischt hatte, um sich das mal anzusehen, hielt das propagandistische Geschwafel nicht durch und verschwand aus dem Saal, bevor der Stargast eintraf. Eingelassen wurde übrigens nach optischer Prüfung, d.h. korrekte Kleidung, kein Vollbart, keine Zottelhaare usw.

Das Ganze zog sich in die Länge und auch die Protestierenden verzogen sich nach und nach. Nach 3 Stunden hatte auch ich genug. Irgendwann soll die Petri dann doch noch gekommen sein. SCHRAMMELECKE

Erinnerung an die DDR

Eberswalde/Altenhof (bbp). Am Freitag, den 7. Oktober, erinnert die »Neue Spartakusgruppe« am Max-Reimann-Denkmal im Brandenburgischen Viertel, das bis 1992 den Namen Max Reimanns trug, an die Gründung der DDR vor 67 Jahren. Max Reimann war bis zum Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands in der BRD im Jahr 1956 deren Vorsitzender.

Wie Karl-Heinz Blättermann von der »Neuen Spartakusgruppe« mitteilte, wird die Gruppe mit ihrem Propagandamaterial und der Agitation durch ihre Genossen vor Ort zugleich den »angeblichen Rechts-Staat BRD als skrupellosen, menschenunwürdigen und profitgierigen Staat demaskieren«. Die Veranstaltung am Max-Reimann-Denkmal beginnt um 10 Uhr.

Einen Tag später, am Sonnabend, den 8. Oktober, lädt die Landesleitung der KPD-Landesleitung Brandenburg gemeinsam mit der Regionalorganisation der KPD Barnim/Märkisch-Oderland zu einer Veranstaltung zur Würdigung der »Gründung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden« in das Altenhofer Palmencafé ein. Auch Mitglieder der DKP und andere Linke haben ihre Teilnahme zugesagt.

Die heute agierende KPD ist übrigens nicht identisch mit der 1956 verbotenen KPD in der BRD. Dieses Verbot ist bis heute nicht aufgehoben worden, ebenso wie die damals verfolgten Kommunisten in der BRD bislang nicht rehabilitiert sind. Die jetzige KPD hatte sich am 30. Dezember 1989 in der DDR neu gegründet und wurde am 3. Oktober 1990 ungewollt zur gesamtdeutschen Partei.

Eine direkte Folge des Vormarschs der als Angriffsspitze der Panzergruppe 2 tief in den Rücken der Front vorgedrungenen 3. Panzerdivision war am 19. September die Eroberung von Kiew durch die deutsche 6. Armee. Sofort erfolgten »1600 Festnahmen«, und es wurden »Maßnahmen eingeleitet zur Erfassung des gesamten Judentums. Exekution von mindestens 50.000 Juden vorgesehen«, heißt es in der Sammelmeldung der für den Massenmord eingerichteten Einsatzgruppen vom 28. September 1941. Am 7. Oktober wurde Vollzug gemeldet. Das Sonderkommando 4a hatte in der Schlucht Babi Jar »am 29. und 30.9. 33.771 Juden exekutiert. Geld, Wertsachen, Wäsche und Kleidungsstücke wurden sichergestellt.«¹

Die drei Eberswalder Regimenter agierten indes weiterhin als Teile der 3. Panzerdivision, die seit dem 25. September 1941 im Raum Krowlew »aufgefrischt« wurde. Die Division erreichte wegen dem mangelnden Nachschub an neuen Panzern allerdings lediglich 50 bis 70 % der Sollstärke.² /4/

Als Teil des XXIV. motorisierten Armeekorps gehörte die Division wiederum zur Angriffsspitze der Panzergruppe 2 von Generaloberst Heinz Guderian, die am 5. Oktober in 2. Panzerarmee umbenannt wurde. Mit der Operation »Taifun« sollte nun der kriegsentscheidende Angriff auf Moskau starten. Hierfür hatte das deutsche Oberkommando der Heeresgruppe Mitte 70 Prozent aller schnellen Verbände unterstellt. Drei der vier Panzergruppen standen in der neuen Hauptstoßrichtung bereit. Am 30. September starteten Guderians Panzer im Abschnitt zwischen Schostka und Gluchow die Offensive, am 2. Oktober folgten auch die anderen Verbände der Heeresgruppe Mitte.³

Bereits am dritten Tag waren die Spitzen des XXIV. Armeekorps rund 120 km in die Tiefe vorgestoßen und erreichten Dmitrowsk-Orlowski. Während ein Teil der Angriffsverbände der Panzergruppe 2 nach Norden in Richtung Brjansk schwenkte und an der Einschließung der drei Armeen der Brjansker Front mitwirkte, ging das XXIV. Armeekorps weiter in nordöstliche Richtung vor. Die Spitze bildete die 4., unmittelbar gefolgt von der 3. Panzerdivision. Die Vorhut der 4. Panzerdivision nahm am 3. Oktober ohne Gegenwehr Orjol ein.

Bis zum 7. Oktober hatten auch die anderen Verbände der Heeresgruppe Mitte die sowjetische Verteidigung durchbrochen und bei Wjasma 5 Armeen der Westfront eingekesselt.²

Ein letztes Mal hatte die erprobte Blitzkriegstaktik der Wehrmacht funktioniert. Der Masse der gegnerischen Streitkräfte drohte die Vernichtung. Allerdings hielten sich die Rotarmisten im Kessel von Wjasma noch bis zum 20. Oktober. Die permanenten Ausbruchversuche waren aber nur für zwei Schützendivisionen und mehrere kleine Gruppen von Erfolg gekrönt.² Erfolgreicher agierten die Armeen der Brjansker Front, die bis Mitte (3. und 13. A.) bzw. Ende Oktober (50. A.) aus der Einschließung ausbrechen konnten.³

Der gescheiterte »Blitzkrieg« (Teil 3):

Vor den Toren Moskaus

1941: Überfall auf die Sowjetunion. Die Eberswalder Schützen waren dabei

Beim faschistischen Überfall auf die Sowjetunion standen die Schützen und Artilleristen der drei in Eberswalde stationierten Regimenter der 3. Panzerdivision (Schützenregiment 3 und 394 sowie das Artillerieregiment 75) von Anfang an in vorderster Front. Als der Vormarsch auf Moskau infolge der Smolensker Schlacht für zwei Monate ins Stocken kam, beteiligten sich die Eberswalder an der Einschließung und Vernichtung der sowjetischen Südwestfront.

Die Abwehr der Ausbruchversuche band erhebliche Teile der Heeresgruppe Mitte. Das half, trotz der völligen Desorganisation der Verteidigung Anfang Oktober, binnen kurzer Zeit die Verteidigung vor Moskau neu zu organisieren.

Davon konnte sich die weiterhin als Avantgarde angreifende 4. Panzerdivision bereits am 6. Oktober überzeugen. Sie geriet auf dem Weg von Orjol nach Mzensk mehrfach in Hinterhalte der 4. Panzerbrigade von Oberst Michail Katukow (später Befehlshaber der 1. sowjetischen Panzerarmee).⁴

Erst am 12. Oktober konnte Mzensk genommen werden. Nach den verlustreichen Kämpfen zwischen Orjol und Mzensk verfügte die 4. Panzerdivision nur noch über 38 Panzer. Auch die anderen Truppenteile, einschließlich der 3. Panzerdivision, kamen ab Mitte Oktober kaum noch voran, weil der Nachschub an Munition und vor allem Treibstoff nicht mehr funktionierte. Obwohl der Herbst 1941 vergleichsweise trocken und kurz war, waren die rückwärtigen Dienste der deutschen Wehrmacht mangels Vorbereitung den Anforderungen nicht gewachsen.

Weiteren Geländegewinn erreichte die 2. Panzerarmee bis Ende Oktober nur, weil sich die Truppen der Brjansker Front wegen der 60 km großen Lücke zur Westfront planmäßig zurückzogen. Das XXIV. Armeekorps stieß nach, diesmal mit Truppenteilen der 3. Panzerdivision an der Spitze. Vor Tula blieb der Vormarsch angesichts heftiger Gegenwehr liegen.

Am 15. November übergab die 3. Panzerdivision ihre Stellungen am südlichen und westlichen Stadtrand von Tula dem SS-Infanterieregiment »Groß Deutschland«. Das XXIV. Armeekorps war inzwischen durch die 17. Panzerdivision verstärkt worden. Insgesamt hatte die 2. Panzerarmee für den erneuten Angriff rund 100 neue Panzer als Ersatz für die Verluste erhalten. Mit diesen Verstärkungen sollte nun Tula von Osten her umgangen werden.

*Der Krieg ist kein Gesetz der Natur
Der Krieg wird von Menschen gemacht,
also muß er von Menschen verhindert werden!
Verhindernde müssen sich nur einig werden!
Der Frieden gibt den Bürgern mehr
als die hochgejubelte »Wertegemeinschaft«!
Der Frieden ist kein Geschenk des Himmels
wir müssen ihn erkämpfen und behüten.
Kraft und Mut wünscht allen friedliebenden
Menschen*
DIE ROTE OMA

Die 3. Panzerdivision griff auf dem linken Flügel des Armeekorps an und eroberte am 20.11. Bolochowo, 15 km südöstlich von Tula. Die 17. PzD hatte inzwischen die Panzerregimenter der 3. und 4. übernommen und stieß weiter nach Norden vor, nahm am 24.11. Wenjow ein und erreichte am 25.11. Kaschira an der Oka, rund 90 km südlich Moskau. Damit waren Guderians Panzertruppen noch einmal binnen einer Woche 100 km in die Tiefe der sowjetischen Verteidigung vorgedrungen.

Während die 3. Panzerdivision, die faktisch nur noch aus den Schützenregimentern bestand, derweil die linke Angriffsflanke vor Tula sicherte, schwenkten am 27.11. zwei Kampfgruppen der 17. Panzerdivision in Richtung Westen, um Tula einzuschließen. Gleichzeitig startete nordwestlich von Tula der linke Flügel der 2. Panzerarmee den Angriff nach Osten. Der Angriff kam nicht in Schwung. Ein starker Gegenangriff des 1. sowjetischen Gardekavalleriekorps zwangen die deutschen Panzerspitzen vor Kaschira alsbald zum Rückzug nach Süden. Eine Umgruppierung der Panzer in den Abschnitt der 3. Panzerdivision folgte.

Am 2. Dezember begann dann der letzte Versuch, Tula einzukreisen. Am 3.12. unterbrachen deutschen Truppen die Bahnlinie und die Chaussee nach Tula. Noch am 5. Dezember gelang es der 3. Panzerdivision, auf dem linken Flügel 4 km gen Tula vorzudringen. Da hatte aber schon die sowjetische Gegenoffensive begonnen. »Unser Angriff auf Moskau war gescheitert. Alle Opfer und alle Anstrengungen der braven Truppen waren umsonst gebracht. Wir hatten eine böse Niederlage erlitten...«, schrieb Guderian nach dem Krieg.³

G.M.

(Fortsetzung folgt in BBP 12/2016)

Anmerkungen für Teil 3:

1 – junge welt, 24./25.9.2016, S. 15

2 – https://de.wikipedia.org/wiki/Doppelschlacht_bei_Wjasma_und_Brjansk

3 – Geschichte des zweiten Weltkriegs, Band 4,

Militärverlag der DDR, Berlin 1977, Aus dem

Russischen (Originalausgabe Moskau 1975)

4 – Katukow, M. J.: An der Spitze des Hauptstoßes, Militärverlag der DDR, Berlin, 1979, (S. 26-53)

weitere Quellen: – Percy F. Schramm (Hrsg.):

Kriegstagebuch des Oberkommandos der

Wehrmacht. Bd. 1-2 (1.8.1940-21.12.1941), Welt-

bild Verlag, Augsburg 2007

– <http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/Panzerdivisionen/3PD-R.htm>

Runder Tisch bat zur 2. Willkommenstafel

Eberswalde (bbp). Bereits zum zweiten Mal hatte der Runde Tisch – »Willkommen in Eberswalde« am 2. Oktober zu einer Willkommensstafel vor der Maria-Magdalenen-Kirche eingeladen. Die Tafel war Teil des mittlerweile elften Erntedankmarktes, der sich über die Jahre zu einem kulturellen Höhepunkt in Eberswalde entwickelt hat und vom Verein Lokale Agenda 21 e.V. organisiert wird.

Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt waren dazu eingeladen, an der Willkommensstafel zusammenzukommen, miteinander ins Gespräch zu kommen sowie gemeinsam zu speisen – ganz egal, ob sie als Flüchtlinge hierher kamen, erst vor kurzem zugezogen sind oder schon lange in Eberswalde leben und wohnen.

Für das leibliche Wohl war mit regionalen, afrikanischen und arabischen Spezialitäten sowie anderen Kleinigkeiten gesorgt. Wer wollte, konnte für den Eigenverzehr ganz nach dem



Motto »BYOF - Bring Your Own Food« auch eigene Gerichte mitbringen. Kuchenspenden machten die Tafel noch größer und vielfältiger. Stefan Schmiedel vom Runden Tisch »Willkommen in Eberswalde«, benannte als Ziel der Aktion, »wie bereits bei der erfolgreichen ersten Willkommensstafel im vergangenen Jahr, eine Möglichkeit der Begegnung und des Austauschs zu schaffen, um einander besser kennenzulernen, Gemeinsamkeiten zu entdecken und vielleicht sogar voneinander zu lernen«.

Verleihung des 7. Dr. Ursula Hoppe Sozialpreises:

Retterinnen des Bahnwerks

Am 26. September wurde in der Geschäftsstelle der SPD der 7. Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis verliehen. Das Spektrum sozialen Handelns in Eberswalde ist dabei so vielschichtig und verschieden wie die Menschen selbst. Das zeigen die vielen unterschiedlichen Bewerbungen, die wir seit der Stiftung des Preises erhalten haben.

Erstmals seit seiner Stiftung 2010 wurde keine Organisation und deren Aktivisten ausgezeichnet, sondern zwei Privatpersonen. In diesem Jahr ging die Auszeichnung für soziales Engagement in Eberswalde an ALEXANDRA LINDE und PAULINE MAEB. Beide haben sich mit ihrer ganzen Kraft für den Erhalt des Eberswalder Bahnwerkes eingesetzt und damit für den Erhalt der Arbeitsplätze vieler anderer Menschen.

Dieser Kampf um einen der wichtigsten Industriestandorte in unserer Region wurde auf vielen Ebenen und von unterschiedlichsten Menschen geführt. Durch ihre Aktivitäten und ihr Engagement haben die beiden diesem Kampf ein Gesicht gegeben. Ihre Plakate und Unterschriftenaktion mit über 10.000 Unterschriften hat viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft bewegt. Dabei war von Anfang an die Unterstützung der Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung. Zu deren Mobilisierung trugen die beiden ganz entscheidend bei.

In einer Zeit, in der man ja gerade der Jugend oft unterstellt, sie sei nur Spaß und konsumorientiert und wenig bereit, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren, belehrt uns das Handeln dieser besonderen jungen Damen eines Besseren. In diesem Sinne wünsche ich uns viele Menschen wie Pauline Maeß und

Alexandra Line, die bereit sind, sich einzumischen und damit einen wichtigen Beitrag für ein funktionierendes Gemeinwesen und eine lebendige Demokratie zu leisten, was ohne das soziale Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger nicht denkbar ist.

HARDY LUX,
Fraktionsvorsitzender DIE SPD-Fraktion

Herbstfest in Sommerfelde

Sommerfelde (prest-ew). Der Ortsbeirat Sommerfelde lädt am Sonnabend, dem 22. Oktober 2016, zum Herbstfest mit Lampionumzug ein. »Wir treffen uns um 18 Uhr am Eingang Siedlung. Von dort startet dann der Fackelumzug, der von einem Pferdewagen angeführt wird«, so Ortsvorsteher Werner Jorde. Auf dem Festplatz Zu den Tannen klingt der Abend bei Lagerfeuer, Grilltem und Heißgetränken gemütlich aus.

Halloweenfest in Tornow

Tornow (prest-ew). Der Dorfclub Tornow lädt am Sonntag, dem 30. Oktober 2016, zum Halloweenfest ein. »Wir treffen uns um 18 Uhr an der Feuerwehr. Eine halbe Stunde später startet der gemeinsame Fackelumzug mit kleinem Feuerwerk«, so Jasmin Speer, die Vereinsvorsitzende des Dorfclubs. Begleitet und unterstützt wird der Fackelumzug von der Freiwilligen Feuerwehr Tornow. »Wir freuen uns auf viele verkleidete Kinder und fantasievoll geschnitzte Kürbisse«, so die Vorsitzende Denn die drei schönsten geschnitzten Kürbisse sollen wieder prämiert werden. Im Anschluß an den Fackelumzug wird es auf dem Spielplatz gemütlich, hier erwartet die Halloweenfans ein Feuer, Gegrilltes und Süßes.

Mein lieber Scholli

Mit dieser Ausgabe der Barnimer Bürgerpost halten Sie, liebe Leserin und Sie, lieber Leser etwas ganz Besonderes in Ihren Händen. Gerd Markmann hat etwas ganz Großes vollbracht. Seit fünfundzwanzig Jahren fertigt er Monat für Monat unsere Zeitung. Für diese einmalige Leistung erhält er im Namen des Vereins Barnimer Bürgerpost und der Leser hiermit ein ganz dickes Lob.

Ohne die Arbeit der vielen Autoren, Korrektoren, Verteiler, Leser, Vereinsmitglieder und Freunde (alle in weiblicher und männlicher Gestalt) klein zu schreiben, Gerd Markmann hat den allergrößten Anteil am regelmäßigen Erscheinen der Zeitung. Gerd Markmann ist der Redakteur und die Zeitung sein Produkt. Ohne seine verdienstvolle Arbeit würde es die Barnimer Bürgerpost nicht geben. Sein Werk beginnt mit der Sammlung der Texte und deren Einordnung, gefolgt von den Gesprächen mit den Autoren, dem Abwägen und der erneuten Ordnung. Die ausgewählten Texte müssen zur Korrektur. Manche sind zu lang. Kann man da etwas kürzen? Hier fehlt ein Bild und was soll an diese Stelle? Dieser Artikel kommt in die nächste Ausgabe und jener wartet schon lange im Archiv. Daneben schreibt er selbst und ist gut informiert. Kurz bevor die Zeitung fertig ist, kommt in letzter Minute noch ein wichtiger Artikel. Der muss unbedingt noch ins Blatt. Und alles beginnt von vorn. Mit der Redaktion und dem Satz der Zeitung ist die Arbeit noch lange nicht vorbei. Dann schickt Gerd die digitale Zeitung zum Drucker, holt sie in der Druckerei ab, konfektioniert die einzelnen Posten und schafft diese zu den Verteilern. Er schreibt die Rechnungen, macht die Buchhaltung und den Jahresabschluss. Gerd ist bei seiner Arbeit immer freundlich, hilfsbereit und einfühlsam. Nicht zuletzt weil er sich konsequent an unsere publizistischen Grundsätze hält, finden sich Monat für Monat viele fleißige Autoren, die unsere Zeitung mit so vielfältigen Texten unverwechselbar machen.

Wie schafft er die ganze Arbeit? Gerd ist eben fleißig, geduldig und hartnäckig. Manchmal hilft ein gutes Wort und auch ein Bier kann nicht schaden. Alle Achtung. Hut ab vor so viel Beharrlichkeit und Ausdauer!! Da hast Du was Großartiges vollbracht.

Wie können wir ihm danken? Wahrscheinlich freut er sich über viele gute Artikel am meisten. Aktuell und charakteristisch sollten sie sein und für die Leser anregend, interessant und motivierend. Wenn die Artikel rechtzeitig eintreffen, genau und verständlich geschrieben sind und in die Zeitung passen, dann geht alles schneller. Helfen würde Unterstützung bei der Korrektur, der Verteilung und in der Buchhaltung. Gerd wird nicht fragen. Aber man kann ihm dennoch helfen. Denn so viel Zeit muss einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

»O'zapft is!«

Internationales Schaukochen –
ab Oktober im Bahnhofstreff Finow

Finow (bbp). Die bisher im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio präsentierte Reihe »Internationales Kochen« geht ab Oktober im Bahnhofstreff Finow weiter. Dies teilte die Geschäftsführerin der Volkssolidarität Barnim Andrea Hoehne mit. Viele Stammgäste hätten schon auf die Fortsetzung gewartet.

Nächster Termin am neuen Ort ist Freitag, der 21. Oktober, um 15 Uhr. Unter dem Motto »O'zapft is! – Oktoberfest im Bahnhofstreff« wird diesmal gemeinsam bayerisch gekocht – und natürlich verkostet. »Dazu gehört«, so Andrea Hoehne, »eine zünftige Brotzeit, Weißwürste, Bayerisch Kraut. Natürlich auch Obazda, Oktoberbräu, Brezeln und Apfelkuchlein. Hier wird gezeigt, wie man Weißwürste traditionell verzehrt, denn das ist in Bayern eine Philosophie! Mit oder ohne Gamsbart, Dirndl und Lederhose – seien Sie herzlich willkommen!«

Kartenvorbestellung wird dringend erbeten unter Telefon 03334/383586 oder 6398816.

Öffentliche Rentensprechstunde

Rentenempfänger erhalten an jedem zweiten Mittwoch im Monat Hilfe von der Brandenburgischen Renteninitiative beim Lesen ihrer Rentenbescheide und dem Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Sprechstunde ist am 12. Oktober, 10-12 Uhr, bei der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Volkssolidarität feiert

Buntes Programm zum 71. Geburtstag

Am Montag, 24. Oktober, lädt die Volkssolidarität Barnim von 11 bis 16 Uhr zu ihrem traditionellen Tag der offenen Tür in die Mauerstraße 17 in Eberswalde ein (Richterplatz).

An diesem Tag feiert die Volkssolidarität das 71. Jubiläum ihres Bestehens mit einem bunten Programmangebot für alle Eberswalder und Barnimer. Im hellen Atrium locken ab 11 Uhr Evergreens mit Fräulein Liesbeth, Show-Tanz, Kita-Programm, Schlager und Deutschrock.

Beim Glücksrad und Trödelmarkt kann man Fortuna herausfordern. Gesundheitssport zum Schnuppern - hier beraten Reha-Sporttherapeuten individuell. Für Brillenträger sind Brillenreinigung und Sehtest gratis, computergesteuerte Fußdruckmessung ermittelt Ihre Fußgesundheit. Für Leseratten gibt's den Bücherbasar der Eberswalder Geschichte(n)schreiber. Beratung zu Pflege und zu diversen Ehrenämtern in der Volkssolidarität. Wer schon immer wissen wollte, was eine Veeh-Harfe ist, kann sich informieren. Ab 12 Uhr bietet die Küche der Volkssolidarität Mittags- und Kaffeeangebote. Das Haus beherbergte früher die Station Junger Techniker, und ist heute Domizil für betreutes Wohnen und Tagespflege der Volkssolidarität Barnim.

Erleben Sie Information und kurzweilige Unterhaltung in unmittelbarer Nähe des Eberswalder Marktplatzes! Wer Zeit für ein Ehrenamt hat, ist hier herzlich willkommen!

ANDREA HOEHNE

Schwank mit Heinz Rennhack:



Zwei Genies
am Rande
des Wahnsinns

Foto: Agentur

Zwei »Heinzelmäner«, HEINZ BEHRENS und HEINZ RENNHACK, machen sich zum Heinz. In der grotesken Geschichte der Woesner Brothers treffen sich unter der Regie von Sebastian Wirmitzer zwei verkrachte Gestalten – ein neurotischer Komiker in Geldnot und ein ehemaliger Staatsschauspieler – auf einer Probebühne, um gemeinsam einen Auftritt zu erarbeiten, für den beide über ihre Agenten gebucht sind. Daß sich die beiden nicht ausstehen können, ist noch das geringste Problem. Denn während der eine glaubt, er sei für eine Hochzeit gebucht, ist der andere überzeugt, es geht um eine Beerdigung. Schnell entwickelt sich ein fröhliches Durcheinander geschliffener Wortspele, skuriler Situationskomik, amüsanter Anspielungen auf das aktuelle Geschehen.

11. November, 19 Uhr, in der Stadthalle (Hufeisenfabrik) im Familiengarten Eberswalde. Tickets gibt es in der Tourist-Information im Familiengarten (03334/384910) und bei www.eventim.de.

MARIO BEHNKE

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 28. September 2016

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26. Oktober 2016.